

**Zeitschrift:** Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

**Herausgeber:** Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

**Band:** 54 (1976-1977)

**Heft:** 9

**Heft**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 19.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich



Redaktion/Administration:  
Rämistrasse 66  
8001 Zürich  
Tel. 0 (01) 47 75 30  
Postcheck 80-35 593

Inserate:  
Mosse-Annoncen AG  
Limmatquai 94, 8003 Zürich  
Tel. 0 (01) 47 34 00  
Einsp. mm-Zelle Fr. -48

Abonnemente:  
Jahresabonnement  
(inkl. «das Konzept»)  
Inland Fr. 22.-  
Ausland Fr. 26.-

## und das Konzept

Ungereimtes aus dem SV Hönningerberg

### Das Elend der Abräumerinnen

Der Schweizer Volksdienst (SV), einst aus dem Verband Soldatenwohl hervorgegangen, ist heute neben der Führung einer ansehnlichen Reihe von Personalrestaurants und Sozialberatungsstellen auch um das leibliche Studentenwohl, die ETH-Mensen, besorgt. Er ist ein nach modernen Managementmethoden geführtes Grossunternehmen, welches für sich in Anspruch nimmt, «sozial» zu sein. An der grossen sozialen Aufgabe des Verbandes, der werktätigen Bevölkerung

den Studenten zu einer zeitgemässen, gesunden und preisgünstigen Verpflegung zu verhelfen, will heute niemand mehr zweifeln – doch das erpresserische Vorgehen der SV-Leitung auf dem Hönningerberg gegen das Hilfspersonal, welches im Jahre 76 zu nicht weniger als 11 freiwilligen und unfreiwilligen Kündigungen führte, weckt allerdings gewisse Zweifel an der sozialen Unternehmensführung dieser gemeinnützigen Institution.

Georg Hodel

«Wenn Sie nicht auf der Stelle aus Ihrer Privatwohnung ausziehen, werden Sie wohl Ihre Stelle bei uns aufkündigen müssen», meinte die SV-Chefin drohend, als M. B. von der Zahnklinik an ihren Arbeitsplatz zurückkehrte. «Die Gesundheitspolizei duldet nicht, dass An-

nicht zusteht, wusste M. B. nicht, auch nicht, dass besagter Mitarbeiter in ihre Wohnung habe eindringen wollen und zu diesem Zweck beim Hauswart um die Wohnungsschlüssel gebeten habe.

#### Für den SV nicht tragbar

M. B., seit sechs Jahren beim SV, flog, als sie diese ungeheuerlichen Behauptungen zurückwies und sich weigerte, ihren Mietvertrag aufzulösen. Ein unerwarteter Schlag für die junge Küchengehilfin, welche nun nicht mehr in dem als in mancher Hinsicht fortschrittlich geltenden Betrieb (Personalvorsorge, Salärversicherung, Sozialberatung und Mitsprache des Personals) arbeiten darf.

M. B. mag darob nicht unglücklich sein, jetzt, wo sie nicht mehr alle 3 Sekunden die mit schmutzigem Geschirr mitunter recht schwer beladenen Tablett in Empfang nehmen muss. In dem schlecht klimatisierten, feuchtwarmer Arbeitsraum zu arbeiten, wo die Bediensteten regelmässig in übermässigen Schwitzten kommen und über dauernde Trockenheit in der Kehle klagen, ist ohnehin eine Züchtung, besonders dann wenn bei Überbelastung des Transportbandes der Stresspegel der geplagten Abräumerinnen die Grenze des Erträglichens überschreitet, was durchschnittlich etwa 10mal während der 35stündigen Essensausgabe eintreten soll.

#### Unter der Arbeit

zusammengebrochen ...  
Vielleicht wäre an dieser Stelle der Gesundheitspolizei einmal geraten, dass sich ihren regelmässigen Kontrollgängen von der körperlichen Verfassung des Personals einen Augenschein zu nehmen. Nicht selten, gerade wenn die Gesund-

#### Der SV hat auch eine soziale Ader

Die chronischen Schwierigkeiten, tüchtiges Betriebspersonal zu gewinnen, und der ständig auffällig grosse Wechsel des Hauspersonals veranlassen die Betriebsleitung des SV schon im Jahr 1976 (1) zu einer eingehenden Untersuchung des Personalproblems.

Die Umfrage beim gesamten Betriebspersonal ergab, dass die Opposition gegen die Hausarbeit in der Hauptsache mit übermässiger langer Präsenzzeit, mit unerwünschten Arbeiten wie Heben und Tragen von Lasten, mit Reinigungsarbeiten und stets wiederkehrenden Arbeiten, deren Erfolge fortgesetzt vernichtet wird, wie Abwischen, mit Unmut über mangelhafte Hilfsmittel und unzuverlässige Hilfsmittel begründet wurde.

Aus der Beratung der Ergebnisse dieser Umfrage in Verbindung mit den Betriebsuntersuchungen des Psychotechnischen Instituts Zürich wurden damals folgende Massnahmen ins Auge gefasst:

- Abwechslung der Arbeitsgestaltung durch Beschäftigungswechsel in den einzelnen Betrieben.
  - Arbeitsanalysen, um das rein gefühlsmässige, oft unrationale Arbeiten durch tüchtiges Anlernen und bestes Entfallen vorhandener Fähigkeiten zu überwinden.
  - Pflege des geistigen und geselligen Lebens des Personals durch «Vorträge», «Vortrags- und Ausspracheabende».
  - Fortbildungsabende des Personals durch gemeinsame Betriebs- und Ausstellungsbesuche.
  - Errichtung einer Angestelltenbibliothek.
- aus «Im Dienste des Volkes», von E. Kull, Schweizer Verband Volksdienst*

heitspolizei ihren Besuch anmeldet, wird die Belegschaft zu ausserordentlichen Arbeitsleistungen angehalten, z. B. auf Pausen zu verzichten und unfreiwillig Überstunden zu leisten.

Einmal schon ist es zu einem Zwischenfall gekommen, als eine Küchengehilfin von morgens 8 bis abends 11 Uhr durcharbeiten musste. Das Mädchen konnte dieser Belastung nicht standhalten, brach zusammen und musste in ärztliche Betreuung genommen werden.

In den Annalen des SV kann hierzu treffend nachgelesen werden: «Zur Erhaltung des seelischen Gleichgewichtes gehört, dass jedem Angestellten die

Arbeit zugewiesen wird, die seiner geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit und Wesensart entspricht.» Dies heisst freilich nicht, dass etwa die Angestellten nur dann Überstunden leisten müssen, wenn sie zuvor von der SV-Leitung danach gefragt wurden.

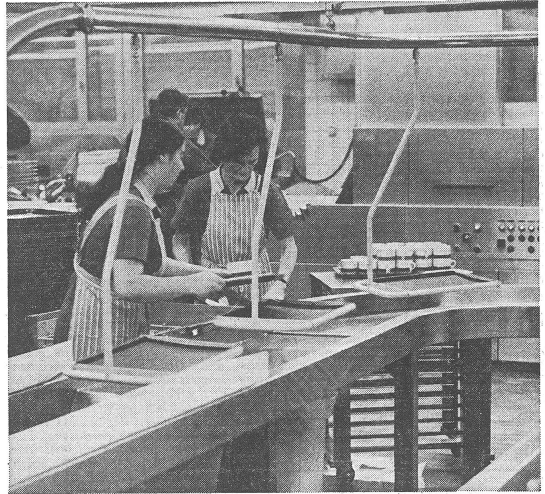
Die Chefin, von den Angestellten «La Paloma» genannt, macht durch ihr patriarchalisches Regime ihrem Spitzenmann alle Ehre. Sie legt fest, wann pausiert wird, setzt die Schichten und beglückt das Küchenpersonal mit Putzüberstunden, ohne auch je der Belegschaft vorher ein Wort davon zu sagen.

Die Chefin bestimmt auch das Arbeitsquantum. Als der spanische Küchengehilfe X (Name der Red. unbekannt) aufgefördert wurde, das Arbeitspensum seines erkrankten Kollegen zu übernehmen, und sich weigerte, die doppelte Arbeit zu leisten, wurde ihm kurzerhand gekündigt. Dass jeweils das Kündigungsschreiben der SV-Leitung auf dem Hönningerberg offenbar schneller bei der Hand war als die Sozialberaterin, mag daraus ersichtlich werden, dass von 17 Teilzeitangestellten im Jahr 76 nicht weniger als 11 den Dienst quittierten.

#### ... und niemand sagt etwas

Hilfsarbeiter Y, der immer still seine Arbeit verrichtet hatte und wegen seines ausserordentlichen Fleisses bei seinen Schweizer Kollegen hohes Ansehen genoss, beklagte sich eines Tages bei seiner Chefin über deren herablassende und diskriminierende Umgangsweise mit Ausländern. Er sei bereit, jede ihm angetragene Dreckarbeit ohne Widerrede zu verrichten, wolle aber als Mensch geachtet und behandelt werden. Er sagte auch noch etwas von einer Gewerkschaft. Es ist wohl müssig zu erwähnen, dass auch Y gedroht wurde, den Hut nehmen zu müssen.

Unter diesen Umständen will sich niemand von den SV-Bediensteten für eine gerechte Anstellungs- und Lohnpolitik einsetzen. So kommt es, dass der 13. Monatslohn auf den Oktober und den Januar aufgeteilt wurde und die SV-Angestellten mit dem mageren Portofeuille das Nachsehen hatten. Bei einem



Bruttoeinkommen von 1200 bis 1400 Franken (Hilfsarbeitersalär) liegt sowieso nicht viel drin, meinen die Betroffenen resignierend.

Die monotone Arbeit lässt ohnehin wenig Eigenverantwortlichkeit zu. Die «wachhabenden» Betriebsassistenten würden diese auch gar nicht aufkommen lassen. Die SV-Offiziellen möchten zwar in der Tätigkeit der Betriebsassistenten vor allem die Beratungsaufgabe in den Vordergrund stellen, können aber wahrscheinlich kaum verbergen, dass eine diskrete Überwachung der Bediensteten nach dem Motto «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» bei einer strafgehandhabten Geschäftsführung nicht ganz wegzudenken ist.

#### Nachspiel

Kurz vor der Drucklegung dieses Artikels wurde bekannt, dass die SV-Chefin auf dem Hönningerberg nach Basel versetzt wurde. Auch wurde die Kündigung im Fall M. B. zurückgezogen. Ob damit tatsächlich eine «Klimaänderung» im Hönningerbergbetrieb eingeleitet wurde, ist fraglich; jedenfalls will M. B. unter keinen Umständen beim SV bleiben. Es ist nur zu hoffen, dass sich die SV-Verantwortlichen auf die soziale Aufgabe ihres Verbandes besinnen und möglichst rasch bei den Missständen auf dem Hönningerberg für Abhilfe sorgen.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass auch die Gründerin des SV, Elise Züblin, bei ihrer ersten Anstellung regelrecht durchgebrannt ist. Damals,

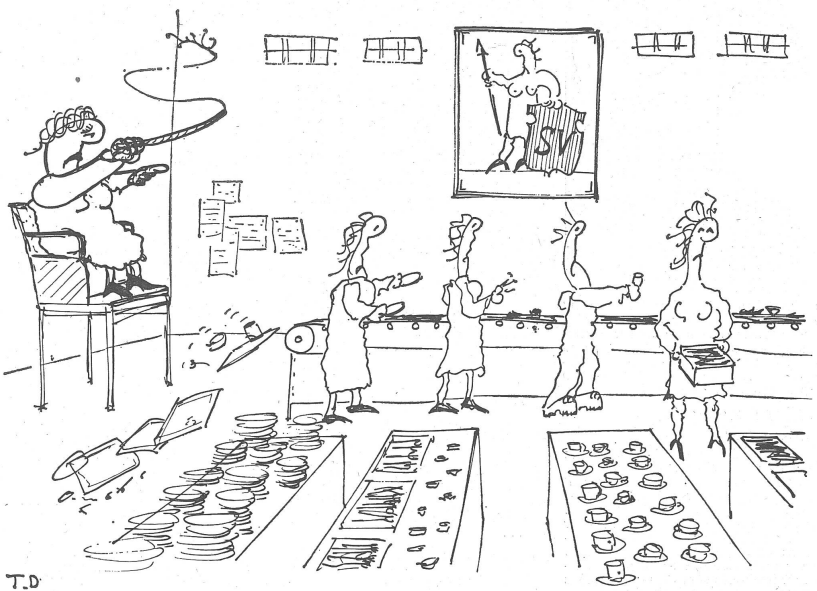
#### Die Grünen kommen

die grünen Einzahlungsscheine nämlich, zusammen mit der Rechnung für die Erneuerung des Abonnements für das Jahr 1977. Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in den nächsten Wochen den Abonnementsbeitrag für den «Zürcher student», PC 80-35 598, Zürich, bezahlen. Wir haben dann weniger im «Büro» und mehr mit der Zeitung zu tun!  
Herzlichen Dank an alle, die bereits einbezahlt oder dem Abonnementsbeitrag sogar eine kleinere oder grössere Spende beigefügt haben. Wir werden mit dem Geld für Sie arbeiten!  
Ihre Redaktion «Zürcher student»

im Alter von 17 Jahren, arbeitete sie unter einem despotischen und nervösen Chef und schrieb dazu: «Nun weiss ich, wie es ist, unterdrückt zu werden.» Später als Journalistin bei der «Schweizer Wochenzeitschrift» berichtete sie unerschrocken über die Elendsszenen in den Slums der Grossstädte und verfasste weitere Sozialstudien aus verschiedenen Ländern.

Aus diesem Engagement für die Arbeitnehmer heraus setzte sie sich für gemeinsame «Sozialkonferenzen» für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein. – Ob wohl eine solche Aussprache auch auf dem Hönningerberg notwendig geworden ist?  
Georg Hodel

**FREIHOFER'S**  
Wissenschaftliche  
Buchhandlungen  
Medizin  
Psychologie  
Rämistrasse 37  
8001 Zürich  
Telefon 01/60 42 82



T.D



# Initiative «Zürich ohne Expressstrassen» verhindert die Umweltvorteile des «I»

Von Kantonsrat Dr. Hans Georg Lüchinger, FDP, Wettswil a. A.

Nachdem in der letzten Nummer des «Zürcher Studenten» auf einer ganzen Seite vehement der Standpunkt der POCH-Initiative gegen das «Y» vertreten wurde, danke ich für die Möglichkeit einer Gegendarstellung.

## Emotionen gegen Sachentscheid

Mit Emotionen, wie sie B. Schweingruber und B. Baeriswyl in der letzten Nummer des «Z» anzündeten, kommen wir zu keiner vernünftigen Lösung. Die beiden nannten die erste «Y»-Abstimmung vom 22. September 1974 einen «Volksbetrug» und manipulierten unter Anrufung von zwei ungenannten Soziologen wie Jongleure mit Zahlen, um ihre Behauptung zu stützen.

Richtig ist, dass in der damaligen Volksabstimmung der Gegenvorschlag des Kantonsrates zugunsten des «I» eine Mehrheit erhalten hätte, wenn alle grundsätzlichen Gegner des Ypsilon die Möglichkeit gehabt hätten, für den Fall der Verwerfung der Ypsilon-Initiative in einem Eventualentscheid kundzutun, dass sie in solchem Falle die Einschränkung der Expressstrassen auf das «I» votieren. Ich bin auch darum nach wie vor für die Verwirklichung des «I» und für den Verzicht auf den Westast des «Y».

Richtig ist ferner, dass damals die Stimmbürger der Stadt Zürich das «I» eindeutig abgelehnt haben. Aber es ging eben nicht um eine städtische, sondern um eine kantonale Abstimmung, an welcher Zehntausende von Pendlern der Landschaft ebenso interessiert waren wie die Stadtzürcher. Die Initiatoren hatten ja selber eine Ständesinitiative und keine städtische Aktion lanciert. Sie mussten sie auch den kantonalen Entscheiden hinnehmen. Auch die unsinnige Südfahrt, welche manche Stimmentgegner mitbeeinflusst haben mag, haben die damaligen Initiatoren und niemand anders in die Initiative aufgenommen. Es zeugt von einem fragwürdigen demokratischen Verhalten, wenn die Y-Gegner deswegen im nachhinein «Volksbetrug» schreien und mit hypothetischen Zahlen ihren tatsächlichen Sieg konstruieren möchten.

## Kanalisierungseffekt der Expressstrassen spießt

Doch lassen wir das Vergangene! Auch wenn alle extremen Anklagen und Vorwürfe über frühere Fehlentscheidungen, Volksbetrug, unethische, nichtig wären, so haben wir doch heute aus der heutigen Situation heraus zu entscheiden. Ich glaube, dass auch ein Gegner des «Y», dem es nicht einfach um die Opposition an sich, sondern um die gute Sache geht, heute für eine Fertigstellung des «I» votieren muss. Es geht ihm doch wohl darum, zu verhindern, dass sich eine Autostadt wird. Es geht um den Schutz der Bevölkerung vor der Blechlawine und um die Erhaltung alter, schöner Quartiere. Es geht um die Wiedergewinnung einer höheren Lebensqualität für unsere Stadt.

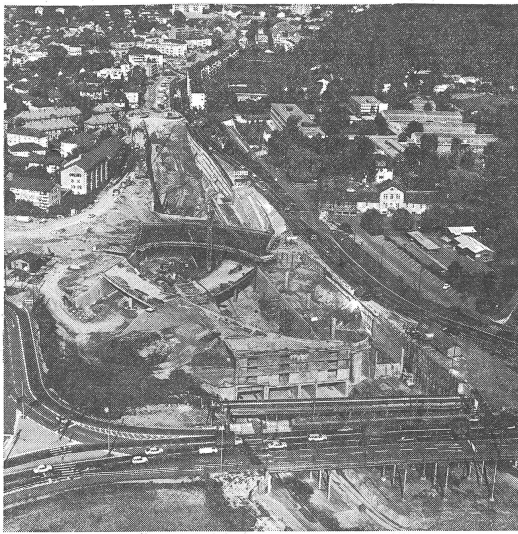
Ich selbst bin schon am 22. September 1974 aus ebendiesen Gründen für das «I» eingetreten. Denn das «I» ist geeignet, genau diese Ziele zu fördern, weil es den Autoverkehr aus den Wohnquartieren auf die Expressstrasse abzieht. Die Inbetriebnahme der Sihlhochstrasse hat bewiesen, dass dieser Kanalierungseffekt tatsächlich spießt. B. Schweingruber und B. Baeriswyl haben darüber im letzten «Z» falsch informiert. Ich verweise auf die klaren Zahlen der Antwort des Stadtrates vom 26. Februar 1975 auf die Interpellation H. H. Müller. Eine neue Verkehrszählung der Stadtpolizei Zürich im Dezember 1976 hat folgendes ergeben:

### Entlastung der Wohnstrassen durch die Sihlhochstrasse

Zeitraum vor Eröffnung (Sept. 74) bis Sept. 76

	Verkehrsabnahme
Seestrasse	-18%
Albisstrasse	-17%
Waffenplatzstrasse	-23%
Rietterstrasse	-17%
Manessestrasse	-40%
Giesshübelstrasse	-40%

Langfristig wird allerdings dafür sorgort werden müssen, dass bei einer neuen Zunahme des individuellen Verkehrs nicht wieder neuer, zusätzlicher Verkehr in die teilweise entlasteten Stadtstrassen und in die Wohnquartiere einfließt. Sowohl der Zürcher Kantonsrat wie das am 22. September 1974 für das «I» eingetretene «Komitee zum Schutz der Wohngebiete» haben daher polizeiliche und bauliche Massnahmen gefordert, welche die Erfüllung dieser Bedingung sicherstellen. Über diesen Punkt besteht somit bereits eine eindeutige Mehrheitsmeinung sowohl der Bevölkerung wie auch der Behörden.



Baustelle der Expressstrasse SN 1 auf dem Milchbuck mit dem Portalgebäude des Milchbucktunnels und dem Kreuzungsbauwerk; im Hintergrund der bereits zugedeckte «Tunnel Winterthurerstrasse» der SN 1 (Photo Comet)

## Aus der heutigen Sachlage heraus entscheiden

B. Schweingruber und B. Baeriswyl haben behauptet, es seien heute erst 10% der Totalkosten des «Y» verbaut, so dass man ruhig noch das Steuer herumverföhen könnte. Auch diese Angabe war falsch und wurde nur durch den Trick möglich, dass die beiden Autoren die mit 1270 Millionen Franken budgetierten Gesamtkosten von sich aus kühl auf zwei Milliarden erhöhten. In Wirklichkeit sind heute 21% der budgetierten Gesamtkosten verbaut. Im übrigen kommt es aber gar nicht so sehr auf den Kostenanteil als vielmehr auf die Bausituation an. Sehen Sie sich doch bitte einmal die Strecke zwischen Aubricke und Milchbuck an! Hier ist die Expressstrasse mitten im Bau. Da ist nichts mehr zurückzubuchstabieren. Und auch der Milchbucktunnel ist zum Bund bereits zum Bau freigegeben, und im Norden und Süden sind die Anschlusspunkte im Bau (vgl. Bild).

Wenn wir nach dem Willen der Initiative jetzt abbrechen, so hätten wir schon 1981 zwei Autobahnen bis ins Herz der Stadt hinein, nämlich die N 3 bis zum Sihlhölzli und die N 1 von Winterthur und der Ostschweiz her bis zur Wasserwerkstrasse an der Limmat. Von diesen Autobahn-Enden aus würde sich künftig der Autoverkehr in die Stadtstrassen ergiessen und sich durch die Wohnquartiere und die City irgendwo einen Weg suchen. Resultat: Die befürchtete Autostadt Zürich.

Die halb fertige Lösung wäre um so unsinniger, als das Verbindungsstück zwischen dem Sihlhölzli und dem Südausgang des Milchbucktunnels - mit Ausnahme der Brücke über die Limmat - unterirdisch vorgesehen ist. Gerade die maximal umweltfreundliche Sihlthiefstrasse soll also durch die Initiative verhindert werden!

Ich meine daher, dass ein bisheriger Gegner des «Y» aus seiner sachlichen Zielsetzung heraus bei der heutigen Situation konsequenterweise für die möglichst rasche Vollendung des «I» eintreten muss. Das spricht für die Ablehnung der Initiative.

## Parkgaragen ermöglichen Fussgänger-City

Ebenso unsinnig aus dem Gesichtswinkel des Umweltschutzes ist der blinde Kampf gegen Parkgaragen an der Sihlpressstrasse. In den fünfziger und den frühen sechziger Jahren, als sich Behörden und Bevölkerung der Stadt Zürich fast einhellig für das «Y» einsetzten, bestand die Absicht, das «Y» zur Kanalierung des Hauptverkehrs zu verwenden. Über verschiedene Abfahrten hätte sodann der Verkehr in die Stadt, vor allem in die City geleitet werden sollen.

Seither hat ein radikales Umdenken stattgefunden, auch bei den Behörden. Man will die Autos heute nicht mehr in die City schleusen, sondern am Cityrand in Parkhäusern abstellen. Die rasche und einfache Zufahrt zum Cityrand macht es vertretbar, die zahlreichen Besucher unserer Stadt von da an auf ihre Füße zu verweisen. Die Stadt Zürich

kann auf diese Art sowohl wirtschaftlich wie auch als lebendige, fussgängerfreundliche Menschenstadt überleben.

Von 13 000 Parkplätzen am Rande des «I» ist übrigens schon seit langem nicht mehr die Rede. Die Projektierung ist auf weniger als die Hälfte dieser Zahl reduziert worden, untergebracht in je einer Parkgarage unter dem Kasernenareal und am Sihlquai. Diese und andere Änderungen des ursprünglich projektierten «Y» sind seitens der Ypsilon-Gegner oft mit Hohn und Spott bedacht worden. Die Behörden wüssten ja gar nicht, was sie wollten, heisst es. In Wirklichkeit sind das alles echte Konzeptionen an die Ypsilon-Gegner, die mit ihrer Opposition bereits sehr viel erreicht haben.

Bleibt noch das Argument gegen die Aufhebung von Zürich als Wirtschaftsstadt. Das kann nicht die Folge der Parkhäuser sein, wenn zum Ausgleich für diese der Autoverkehr und der Parkraum in der City verringert werden. Das dies tatsächlich schrittweise geschieht, sei im nachfolgenden Kästchen an Beispielen von Verkehrsbeschränkungen in der City

### Einzelne Beispiele der zunehmenden Verkehrsbeschränkungen in der City

- Altstadt links der Limmat weitgehend autofrei
- Bahnhofstrasse für Autos weitgehend gesperrt
- Paradeplatz wird autofrei
- Bleicherweg ab Beethovenstrasse Richtung Paradeplatz gesperrt
- Parkplätze auf der Gemüsebrücke aufgehoben
- Durchgangsverkehr durch Storchengässchen verboten
- Durchfahrt «In Gassen» Richtung Storchengässchen gesperrt
- St.-Urban-Gasse gesperrt
- Stadthofplatz vom Durchgangsverkehr befreit

kungen aufgezeigt, die in den letzten fünfzehn Jahren realisiert wurden. Im übrigen zehren wir alle von der Wirtschaft. Wie will man viele öffentliche Anlagen künftig überhaupt noch finanzieren, wenn man die Wirtschaftsstadt Zürich systematisch bekämpft?

## Folgen starrer Obstruktion

Der Stimmbürger hat daher heute zu wählen zwischen einer sachlich vernünftigen Lösung und reiner Obstruktion.

Wozu Rechthaberei und starrer Dogmatismus führen können, erleben wir heute beim öffentlichen Verkehr. Ich habe Verständnis für die in der Volksabstimmung vom Mai 1973 erfolgte Ablehnung des Baus einer Zürcher U-Bahn. Die Tatsache jedoch, dass die Freunde des öffentlichen Verkehrs nach jenem Volksentscheid nicht sofort zu konstruktiven Gesprächen über die rasche Verwirklichung des S-Bahn-Systems Hand boten, hat den öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich in eine geradezu ausweglose Situation geführt. Die fehlende Einigkeit machte neue Verhandlungen mit dem Bund unmöglich. Während der Bund 1973 noch bereit war, 570 Millionen Franken für

die Sanierung des Zürcher Agglomerationsverkehrs zu investieren, ist heute und in den nächsten Jahren realistisch überhaupt nichts mehr zu erwarten. Und aus eigener Kraft kann der Kanton Zürich mit einem für 1977 budgetierten Defizit von rund einer halben Milliarde Franken die Aufgabe kaum lösen.

## Die Autos fahren trotzdem

Um so besser, wenn überhaupt nichts geschieht, wird sich vielleicht manch einer der dogmatischen Total-Opponenten des «Y» denken. Diese passive Nostalgiehaltung wird aber nicht verhindern, dass die Zahl der immatrikulierten Autos wächst und sich stetig verdoppelt (und dies nicht nur am Arbeitsplatz gelangt), und dass sich die Blechlawine weiterhin durch die Wohnquartiere und in die City verbreitet. Wir können eine menschenwürdige Umwelt nicht mit Passivität gewinnen, sondern nur durch eine vernünftige, sachgerechte und konstruktive Gestaltung. Darum kann die POCH-Initiative heute nur denen dienen, welche dem sachlichen Ziel die reine Obstruktion vorziehen.

## Ein X für ein Y vormachen?

Wenn einer jemand andern bezichtigt, mit falschen Zahlen zu operieren, dann sollte er nicht selbst gleich solches tun, auch wenn er als Kantonsrat parlamentarische Immunität geniess.

So beziffert beispielsweise H. G. Lüchinger die «budgetierten Gesamtkosten» des Ypsilon mit 1270 Millionen Franken. Wenn man aber auf dem kantonalen Tiefbauamt nachschlagen geht, dann sind es bereits 1329 Millionen, Preisstand 1973, Bauteuerung nicht eingerechnet. Nun brauchte man über die 60 Millionen wirklich nicht zu streiten. Aber: in den sogenannten «Gesamtkosten» sind ausdrücklich nicht inbegriffen:

- die vorgesehene Überdeckung des Tunnelchnitts Milchbuck Süd
- die Kosten für die städtischen Anschlusswerke
- die Parkhäuser Sihlquai, Kasernenareal, Irchel und allfällige weitere.

Ausserdem handelt es sich beim Westast und am Sihlquai. Diese und andere Kostenschätzungen, die nicht einmal auf Ausführungsprojekten beruhen (weil nicht vorhanden). Solche Schätzungen werden erfahrungsgemäss immer zu tief angesetzt, weil Nachtragskredite leichter durchzubringen sind als hohe Anfangskosten. Bei einer Sihlthiefstrasse ist so schwierig zu bauen (unter dem Fluss im Grundwasser, dicke Bebauung usw.), dass man sich noch nicht einmal definitiv für eine Variante entschliessen konnte. Beim Furkatalunnel, um ein neueres Beispiel zu nennen, sind bis jetzt Kostenüberschreitungen von über 100 Prozent (!) aufgetreten. Bei einer Sihlthiefstrasse würde das mehr als 300 Millionen ausmachen.

In der Summe, die Herr Lüchinger als «verbaut» angibt, sind beispielsweise 48 Millionen Franken für Landerwerb beim Milchbucktunnel enthalten. Wenn nun dieser Tunnel nicht gebaut wird, dann ist dieses Geld eben nicht «verbaut», sondern in Form von nutzbarem Land als Wert erhalten.

## Unvollständige Zahlen

Etwas unvorsichtig geht der freisinnige Kantonsrat auch mit den Angaben über die Entlastungswirkung der Wohnstrassen um. Für die Albisstrasse beispielsweise gibt er eine Verkehrsabnahme von 17 Prozent an. Das stimmt aber nur stadtauswärts, wenn man gelten lässt, dass 16,3 gerundet 17 Prozent ergeben. Er unterschlägt dabei geflissentlich, dass stadteinwärts der Wert nur 6 Prozent beträgt und dass im übrigen in den zwei Jahren nach Inbetriebnahme der Sihlhochstrasse dieser Verkehr bereits wieder um 2 Prozent zugenommen hat.

Bei Manesse- und Giesshübelstrasse verwendet Lüchinger die Prozentzahlen von 1974 und verschweigt, dass der Verkehr dort seither bereits wieder zugenommen hat.

man hat. (Das steht nämlich auch in dem Bericht, aus dem er seine Zahlen hat.) Die beiden Strassen sind im übrigen genau die, welche unmittelbar neben der Expressstrasse verlaufen. Die Leute an der Manessestrasse haben nun den Verkehr nicht mehr einfach vor dem Haus, sondern zur Hälfte auch noch hinter dem Haus. Aber paradox: Man hat ihnen dort schöne Schallschutzwände vor die Fenster gesetzt.

Die Frage, was denn die 20prozentige Entlastung einer Hauptverkehrsstrasse überhaupt nützt, lässt der Bewohner des friedlichen Dorfes Wettswil auch offen. Ich als Anwohner der Waffenplatzstrasse kann nicht ruhiger wohnen, wenn statt alle sechs Sekunden nur noch alle sieben-acht Sekunden ein Auto vorbeibraust. Es lässt sich im übrigen leicht mit gezielten Prozentzahlen «etwas «belegen». Gerechterweise muss man aber auch die absoluten Zahlen und den Gesamtverkehr betrachten. Und hier zeigt es sich beispielsweise, dass in den zwei Jahren nach Eröffnung der Sihlhochstrasse den täglich rund 2600 Fahrzeugen, welche aus den Wohnstrassen verschwinden sind, 9500 gegenüberstehen, welche zusätzlich über die Expressstrasse fahren. Der Gesamtverkehr hat also dreimal so stark zugenommen, als die Quartierstrassen entlastet worden sind.

## Der arme Volkswille

Herr Lüchinger wirft uns vor, wir hätten wie Jongleure einen nicht vorhandenen Volksbetrug herbeimanipuliert. Übertragen wir doch einmal die Abstimmungssituation von 1974 auf ein anschaulicheres Beispiel, damit auch ein Kantonsrat noch mitkommt:

Eine Initiative verlangt 12 autofreie Sonntage. Nun lässt sich vorstellen, dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag vorlegt, der nur 6 autofreie Sonntage beinhaltet. Initiative und Gegenvorschlag gelangen miteinander zur Abstimmung. 45 Prozent der Stimmbürger stimmen der Variante «12» zu, und 45 Prozent stimmen der Variante «6» zu. 10 Prozent lehnen beides ab. Nach meinen bescheidenen Demokratievorstellungen liegt nun der Volkswille irgendwo zwischen 6 und 12 autofreien Sonntagen. Da Herr Lüchinger Rechtsanwalt ist, merkt er aber, dass keine der beiden Vorlagen eine absolute Mehrheit erreicht hat und dass das Volk infolgedessen keine autofreien Sonntage will. Dies ist leider nicht nur Lüchingers Logik, sondern auch die massgebende Logik der kantonalen und der städtischen Behörden.

Damit ist immer noch ungelöst, ob es sich beim Ypsilon eigentlich um eine städtische oder eine kantonale Angelegenheit handelt. Es genügt nicht, sich auf zu merken, die Initiatoren selbst hätten eine kantonale Initiative ergriffen. Es blieb ihnen nämlich formaljuristisch keine andere Möglichkeit.

Zuvor hatte Gemeinderat Albert Nf eine städtische Konsultativabstimmung über das Ypsilon verlangt. Es blieb Herrn Lüchingers Parteikollegen und den übrigen bürgerlichen Parteien vorbehalten, diese Forderung im Gemeinderat «demokratisch» zu bodigen. Beat Schweingruber

## Anti-Y-Aufruf!

Das Aktionskomitee für ein Zürich ohne Ypsilon ist dringend auf Unterstützung angewiesen, und zwar auf finanzielle wie auf tatkräftige. Wer trotz nicht signifikant aufbringen kann zum Verteilen von Abstimmungszeitungen, für Standaktionen oder für administrative Mitarbeit, melde sich umgehend beim Aktionskomitee, Postfach 8, 8027 Zürich oder bei Telefon 25 39 90 oder 25 68 57.

Finanzielle Beiträge auf PC

80 - 23250

Aktionskomitee Zürich ohne Ypsilon

**Hans Huber**  
ein Synonym für Medizin und Psychologie

**Hans Huber**  
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

**Zeltweg 6**  
**beim Schauspielhaus**  
**01 34 33 60**

### Ladenöffnungszeiten:

Montag-Freitag 08.30-18.30 durchgehend  
Samstag 08.30-12.30

Die Nachfolge am Publizistischen Seminar lässt auf sich warten:

# Der Berufsgeheimbund geht um!

Im Sommer 75 war der Leiter des Publizistischen Seminars, Professor Christian Padrutt, tödlich verunglückt. (De mortuis nil nisi bene). Seither ist sein Posten als Institutsleiter vakant. Professor U. Saxer waltet nun als interimistischer König am Institut.

Eine Berufungskommission der Philosophischen Fakultät I sollte einen Nachfolger finden. Den Studenten wurde nur ein ausführender Professor R. Braun bekanntgegeben, die übrigen Kommissionsmitglieder blieben inkognito; es handelt sich offenbar um einen Geheimbund.

Die Publizistikstudenten haben ihre Kriterien für einen Nachfolger dem Präsidenten der Berufungskommission in einem ausführlichen Bericht dargelegt. Kriterien der Berufungskommission wurden aber keine veröffentlicht; man muss sie aus dem allgemeingehaltener Stelleninserat herausinterpretieren - oder aus den Ablehnungen ableiten.

Die Zürcher Studenten haben nicht einmal ein Mithrrecht bei Berufungen, fragen, wie es an anderen Unis, zum Beispiel in Bern oder Basel, üblich ist.

## In der Geheimküche

In der Geheimküche der Berufungskommission wurden aus zehn Bewerbungen Einladungen für drei Herren herausdestilliert. Diese mussten ihre Publizistikwissenschaftlichkeit getarnt in Gastvorlesungen, der Berufungskommission unter Beweis stellen. Alle drei Kandidaten wurden abgelehnt. Weder die Ablehnungsgründe noch die Namen der übrigen Bewerber wurden bekanntgegeben. Auf dem akademischen Stellenmarkt versteht sich offenbar Diskretion von selbst. Einige Gründe für die Ablehnung sind jedoch durchgesickert und in der Presse ausführlich dokumentiert (zum Beispiel die Affäre des Pensionskassenbelasters Prof. Harry Pross,

liberal und zudem Deutscher). Paradox ist, dass man in deutschen Zeitschriften die Stelle ausschrieb und dann aber die ausländische Nationalität als Ablehnungskriterium verwendet wurde.

Seit drei Semestern schon wütht über aller Geist des überforderten Prof. U. Saxer. Mindestens 24 Wochenstunden stehen unter seiner direkten Leitung. Kein Wunder, dass viele Studenten ihr Publizistikstudium an den Nagel hängen oder auf bessere Zeiten hoffen und abwarten, weil es am Publizistischen Seminar einfach nichts mehr zu lernen gibt.

## Wie lange noch?

Die Studenten werden damit vertriebt, dass frühestens im WS ein richtiger Institutsleiter Einsitz nimmt. Angenommen, Prof. U. Saxer wird Institutsleiter, müssen die Studenten dann bis 1980 oder noch länger warten, bis die Dozentenstellen wieder voll besetzt sind?

Wir fordern jetzt etwas mehr Dampf in die Geheimküche der Berufungskommission: Die Professoren können ihre Zeit bis zur Pensionierung mit Berufungsgeheimkrämerei vertriebeln, wir Studenten wollen nicht länger warten. Darum soll jetzt ein Institutsleiter eingesetzt werden, und zwar nicht irgendein «Zeitungskundler», sondern ein Sozialwissenschaftler, geübt in empirischer Forschung, der die Zürcher Publizistikwissenschaft aus ihrer Provinzialität befreit. Basisgruppe Publizistik

## Studio paperback

Alvar Aalto  
Mies van der Rohe  
Le Corbusier

Ausführliche Taschenbuchausgaben  
Fr. 24.50

Im gleichen Verlag sind auch die gebundenen Gesamwerke noch weiterer Architektenpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts erschienen.

Wir beraten Sie gerne in unserer Architektur- und Kunstabteilung im 1. Stock

## Buchhandlung zum Elsässer

Limmatquai 18 Zürich - Telefon 07 48 47

## Un(f)logisches

Kürzlich stellte die Universität an einer Pressekonferenz die neuesten statistischen Zahlen über die Studenten vor. Diesen Zahlen ist zu entnehmen, dass lediglich 3.3 Prozent der Studenten in ihrer jetzigen Studienrichtung seit mehr als 14 Semestern studieren, ohne einen akademischen Abschluss erworben zu haben. Auf die Frage, wieso man trotz dieser kleinen Zahl der Langzeitstudenten die Studienzeitregelung eingeführt habe, meinte unser Rektor, Hans Nef, dass man die Studienzeitregelung eben eingeführt habe, bevor man diese Zahlen kannte...

## Basisgruppe Medizin

# Weniger «Schulmedizin», mehr Allgemeinmedizin

Die Basisgruppe Medizin ist eine lose Vereinigung von Studenten, die dem jetzigen schweizerischen Gesundheitswesen kritisch gegenüberstehen, mit der an unserer Fakultät «Schulmedizin» nicht einverstanden sind, aber auch mit den unpersönlichen Verhältnissen an unserer Fakultät nicht gerade zufrieden sind. Bei uns werden verschiedenste politische Überzeugungen und Meinungen vertreten, weshalb es schwierig ist, ein fixiertes Programm zu präsentieren.

Wir gehen jedoch prinzipiell alle vom Gesundheitsverständnis der WHO aus: Gesundheit ist ein Zustand völliger körperlicher, geistiger und sozialer Wohlbefindens und nicht nur Abwesenheit von körperlichen Gebrechen. Das hat für uns folgende Konsequenzen:

- Das Gesundheitswesen der Schweiz muss grundlegend verändert werden. Die Präventivmedizin ebenso wie die Rehabilitation muss endlich einen ihr gebührenden Platz in der gesundheitlichen Versorgung erhalten.
- Von einer Inflation der Ansprüche zu reden ist mehr als verantwortungslos. Die Allgemeinmedizin, das ärztliche Gespräch und Hausbesuche müssen wieder vermehrt in den Mittelpunkt der gesundheitlichen Betreuung gerückt werden (anstelle von ärztlichen Spezialleistungen).

Eine Möglichkeit, diese Forderungen unter den jetzigen Bedingungen in die Tat umzusetzen, sehen wir in Gruppenpraxen. Eine andere, der ersten Möglichkeit jedoch nicht widersprechende wäre die Schaffung von staatlichen Ambulatorien oder Quartierpolikliniken.

All das erfordert natürlich mehr Ärzte. Deswegen halten wir das «Gespenst des Arztoproletariats» für ein Hirngespinnst zu einseitiger ärztlicher Standespolitik, die mehr von finanziellen Aspekten als vom Wohl des Patienten geleitet ist. (Übrigens: das Nettoeinkommen eines im Kanton ZH tätigen, frei praktizierenden Arztes beträgt 170 000 Fr., wer gibt davon schon gerne etwas ab?). Einen Numerus clausus -

auch als Lösungsmöglichkeit der jetzigen Ausbildungsmisere - lehnen wir ab.

- Die Ausbildung der Mediziner muss dementsprechend mehr allgemeinmedizinisch orientierte Fächer anbieten. Die psychologischen und gesellschaftlichen Ursachen von Krankheiten müssen endlich einmal in den Ausbildungsplan integriert werden. Das gleiche gilt natürlich auch für Auswirkung bestehender Krankheiten.

- Gesundheitswesen und gesellschaftliches System können nicht getrennt werden. Krankheiten, Verarbeitung von bestehenden Krankheiten und Versorgung sind schichten- und klassenabhängig. Um nur einige Beispiele zu nennen: Bessere Versorgung der Privatpatienten, ungleiche Versorgung in verschiedenen Quartieren, schichtenspezifisches Krankheits- und Gesundheitsverhalten und -bewusstsein, Krankheit und Arbeitslosigkeit, Unterversorgung auf dem Lande und in Berggegenden.

Probleme dieser Art u. a. diskutieren wir auf den Vollversammlungen, die vierzehntägig einberufen werden. Alternierend dazu finden die Sitzungen der verschiedenen Arbeitsgruppen statt. Zur Zeit bestehende Arbeitsgruppen sind:

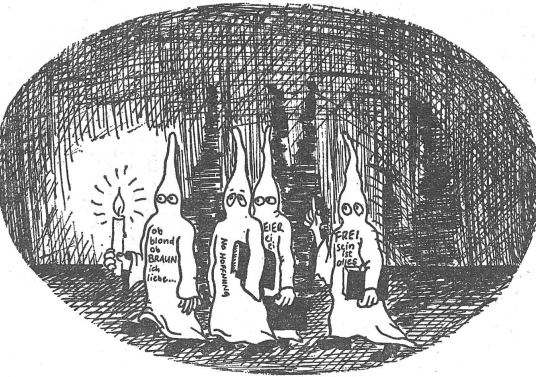
Arbeitsgruppe Gruppenpraxis. Gesellschaftspolitisches Engagement und Gruppenpraxis; organisatorische und juristische Schwierigkeiten bei der Gründung einer Gruppenpraxis.

Arbeitsgruppe Mediziner Ausbildung. Alternativer Lehrinhalt und Alternativen zu Massenvorlesungen.

Arbeitsgruppe Arbeitsmedizin. Vergleich der arbeitsmedizinischen Versorgung in der Schweiz, der BRD und der DDR.

Arbeitsgruppe Balint. Setzt sich mit dem Rollenverhalten der Ärzte und dem «Arzt als Droge» auseinander.

Vollversammlungen sind öffentlich und werden fortan im WoBü angekündigt.



## Nach der Unigesetzdebatte im Kantonsrat

# «Du, lass dich nicht verhärten...»

Im Zusammenhang mit dem neuen Unigesetz erschien an dieser Stelle schon einige Artikel über die Frage der verfassten Studentenschaft. Ebenso stand in der ersten Semesterhälfte das Uni-Gesetz - und mit ihm die «Zwangskörperschaft» - im Mittelpunkt der politischen Arbeit verschiedener Unigruppen. Es blieb aber nicht bei Zeitungsdiskussionen: Der KStR und die linken Gruppen versuchten im Vorfeld der kantonsrätlichen Debatte vom vergangenen Dezember, in einer konkreten Kampagne die Studentenschaft über die Vorteile der Erhaltung der «Zwangskörperschaft» zu informieren. Doch ein beträchtlicher Teil jener, die sich an dieser «Mini-Anti-Unigesetz-Kampagne» beteiligten, ist heute enttäuscht über das geringe Echo, das diese trotz ihren Anstrengungen bei den Studenten fand. Was war passiert? - «Warum hatte sich die «Basis» nicht geregert?» versucht im folgenden die «Bresche-Hochschulgruppe» zu analysieren.

Wenn wir als «Bresche-Hochschulgruppe» (BHG) diesen Beitrag zur Diskussion stellen, so nicht nur aus dem unmittelbaren Anlass der Unigesetz-Kampagne. Vielmehr sind wir der Meinung, dass heute - in einem Moment der totalen politischen Dornröschenschlaf der linken Studenten - die Frage einer Reaktivierung des politischen Lebens an der Uni in einem allgemeineren Rahmen aufgeworfen und diskutiert werden muss.

## «... in dieser harten Zeit»

Eines ist sicher: Die Konjunktur der linken Studentenbewegung in Zürich und an anderen Orten der Schweiz flachte seit den frühen 70er Jahren mehr oder weniger konstant ab. «Die Bewegung ist mir nichts, das Studium und die Karriere alles», sagten sich die einen und begannen den gesellschaftlichen Aufstieg. Andere wieder verkochten sich demoralisiert in ihren häuslichen Bau, betrieben - oder betreiben vielleicht noch heute - Wissenschaftskritik und warten untätig auf den grossen «Kladderatsch», den «grand soir».

- Sicher gibt es Gründe «objektiver» Natur für den Rückzug vieler ehemals politisierter Studenten und für die Flaute an der Uni überhaupt. Wir nennen hier nur die wichtigsten:
  - eine verschärfte Studiensituation, die uns wieder vermehrt hinter die Bücher treibt;
  - eine mangelnde Berufsperspektive, der Zwang, sich einen Job zu angeln;
  - eine zunehmende Repression, auch im «Mittelbau», bei den Assistenten;
  - die immer mehr andauernde Passivität der schweizerischen Arbeiterbewegung, von der jedermann eine rasche Wiederbelebung erwartet und/oder erhofft hatte.

Diese paar leider nur skizzenhaft aufgeführten Elemente führen dazu, dass die Mobilisierung zur Umwälzung der Studenten gerade für unbezogene Probleme wie Studienordnungen, Unigesetz u. a. m. sehr gering ist. Dies aus dem einfachen Grund, dass man «hier» nicht mehr an Veränderungsmöglichkeiten, an «Erfolgschancen» glaubt. Die Aktivität in breiten Bewegungsbewegungen ist daher der kritischen Betrachtung der eigenen Wissenschaft, der Bewältigung sog. «individuelle» Probleme (z. B. Emanzipation) und der Lektüre marxistischer Fachliteratur gewichen.

Spontanität ist uns allen sowieso abhanden gekommen: Man hat Hemmungen, öffentlich aufzutreten, eine provo-

## Die Unigesetz-Kampagne

Auch sie machte hier keine Ausnahme. Jedermann, der sich aktiv daran beteiligte, merkte bald, dass das Gros der Studenten sich für abstrakt erscheinende universitäre Fragen nicht mehr so leicht in Bewegung setzen lässt. Die einseitige Ausrichtung des Kampfes von Seiten des KStR, des MSV oder der KOCH-HG auf die Propagierung blosser juristischer Formeln wie «Zwangskörperschaft», «universitäre Autonomie» u. ä. konnte diese Tendenz nur noch verstärken, so dass sich die Basisgruppen in dieser Kampagne grösstenteils passiv verhielten.

Trotzdem: Gerade die Auseinandersetzung um das Unigesetz wäre unserer Meinung nach eine Möglichkeit gewesen, die zersplitterte Uni-Linke wieder etwas zusammenzuschweissen. Dies, in dem der Angriff auf die verfasste Studentenschaft durch die Rechte und ihre rechtlastigen freisinnigen Kollegen in dem Rahmen des veralgemeinerten Ab-

## Nochmals: Wer vertritt was?

Stellungnahme zu den Angaben im November-«ZS»  
Die BHG tritt - entgegen anderslautenden Behauptungen - aktiv für die Erhaltung der verfassten Studentenschaft ein. Im Gegensatz zu MSV, POCH oder SHG verteidigen wir die «Zwangskörperschaft» aber nicht als Prinzip, oder als Apparat. Denn wir können uns durchaus noch demokratischere, auf der Selbstorganisation der Studenten aufbauende Organisationsformen vorstellen. Die Angriffe der Rechten gegen die Studentenschaften sind aber klar gegen die Möglichkeiten der Linken gerichtet. Insbesondere zum Zweck der Mobilisierung zu verwenden. Deshalb und weil die Abschaffung oder die Beschneidung der verfassten Studentenschaft einem Angriff auf die legitimen demokratischen Rechte der Studenten gleichkäme, verteidigen wir die Zwangskörperschaft.



entfernt, Patentlösungen zur Hand zu haben, die der praktischen Flaute abhelfen könnten. Trotzdem: sehen wir ein paar Möglichkeiten, gerade in der heutigen Verschnaufpause im Kampf gegen das Unigesetz, zu einer grundsätzlichen gemeinsamen politischen Debatte unter den Linken zu kommen. Diese wären etwa:

- den grundlegenden Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen BGs, AGs usw. systematisiert zu pflegen, wie dies schon ansatzweise mit den vergangenen Arbeitskonferenzen im Rahmen des Unigesetzes geschehen ist.
- Bezüglich Unigesetz: eine Bilanz der bisherigen Diskussion um die «Zwangskörperschaft» und die Kampagne überhaupt zu ziehen und zu fragen: Wie verteidigen wir heute die demokratischen Rechte an der Uni? - Daneben die Debatte über mögliche «nachzwangskörperschaftliche» Organisationsformen in Gang zu setzen (dies kann sowohl in der Form von institutsbezogenen Diskussionen als auch innerhalb der erwähnten breiten Arbeitskonferenzen geschehen).
- Weiterführung und Konkretisierung der seit längerer Zeit stillgelegten Diskussion über den jeweiligen Berufsektor, die gewerkschaftliche Organisation nach dem Studium, wie sie in den Basisgruppen vor über einem Jahr durchgeführt wurden.

Dies sind ein paar Vorstellungen, die uns unmittelbar vorschweben. Wir möchten sie mit diesem Beitrag zur Diskussion stellen und hoffen sehr, weitere werden folgen...

«Bresche-Hochschulgruppe»

**FREIHOFFER'S**  
Wissenschaftliches Antiquariat  
Naturwissenschaft  
Medizin  
Technik  
Psychologie  
Sonneggstrasse 21  
8006 Zürich  
Telefon 01/60 42 82

## Spots

Am 6. Januar 1977 stellte die Westberliner Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen einen 39jährigen Ehemann wegen gefährlicher Körperverletzung ein. Der Mann hatte zwei Tage nach der Scheidung seine ehemalige Frau in ihrer Wohnung schwer misshandelt und zweimal vergewaltigt. Das Gericht entschied auf Einstellung des Verfahrens und Straffreiheit, weil das Scheidungsurteil noch nicht rechtskräftig gewesen sei. Der Mann sei also offiziell noch verheiratet gewesen. Vergewaltigung der Ehefrau erlaubt!

## Entwicklung Maturanden- und Studentenzahlen bis 1985/86

Jahr	Maturanden	Studierende (total)
1970/71	6 048	42 000
1975/76	7 950	52 000
1983/84	11 400**	68 000**
1984/85	11 450**	70 000**
1985/86	11 150**	72 000**

\* 1983 bis 1984 wirkt sich die Spitze des «Geburtenberges» von 112 890 Geburten im Jahr 1964 bei Maturanden und Studienanfängern aus. 1983 bis 1986 (Vergewaltigungen im Studienbeginn) werden - ohne NG - rund 20 000 Studierende mehr an den Hochschulen der Schweiz sein als 1975/76 (Zuwachsrate: mehr als 33 Prozent).

\*\* Prognosen

Wie steht es an den Hochschulen mit der Emanzipation?

# Etwas zur Sache der Frau

Frauen an der Uni? Professorinnen sind eine Rarität; bei den Studenten sind die Frauen schon etwas zahlreicher vertreten – besonders bei den schöngestiegenen Phil.-I-Fächern –, und in der Verwaltung sind sie, die Sekretärinnen und Putzfrauen, wohl in der Mehrheit. Das Hierarchiegefälle ist deutlich. Aber wenn die Frage nach den Frauen an der Uni gestellt wird, geht es nicht nur um ein Zahlenbeispiel «Frauen gegen Männer» bzw. «Frauen unter Männern», sondern auch um den Gedanken einer Frauenui, einer Universität also, welche durch die Frauen, die da arbeiten, qualitativ verändert wird. In welche Richtung eine solche Veränderung auch der wissenschaftlichen Problemstellungen

gehen könnte, ist vor zwei Jahren, im Frühjahr 1975, an der Uni-Frauenwoche angetönt worden. Die Diskussionsbereitschaft, das Interesse an der Frauenfrage war damals vorhanden, nicht erst als die Starfeministin Alice Schwarzer die Zuhörerinnen und Zuhörer mit ihrer klaren Sprache zu fesseln vermochte, sondern auch schon als die Frauen aus der Ökonomie, Geschichte, Philosophie, Jus... auf selbstbewusste und verständliche Art ihre Beitrag zur Situation der Frauen vermittelten. – Am 18. Februar ist es wieder einmal soweit: Einen Tag lang wird Frauen-Uni «gespielt», doch wir Frauen meinen es ernst damit.

Liselotte Suter

Als ich an die Uni kam, wollte ich Mathematik studieren. Ich war stolz, ein Studium zu ergreifen, das für Frauen nicht üblich war. Endlich wollte ich «denen» einmal beweisen, dass Frauen nicht dümmer sind als Männer, wie mein Vater immer behauptete. Doch dies war ein kurzer Traum.

Als Mathematikstudentin fand ich mich in einem riesigen Hörsaal mit etwa 100 männlichen Studenten. Ängstlich schweiften meine Blicke über diese Männerwelt. Da entdeckte ich noch eine Frau. Eine Frau auf hundert Männer! «Das schaffst du nie», durchdrachte es mich. Kommentare meiner Verwandtschaft: «Was, du willst Mathematik studieren, das ist aber schwer für eine Frau.» – «So ein intellektuelles Mädchen wie du findet keinen Mann.» – «Studier lieber Sprachen, das nützt dir,

die Frau von einem Mann zum anderen, da sie ja per definitionem ohne Mann nicht leben kann. Warum aber kann diese Frau ohne Mann buchstäblich nicht leben? – Weil eine Frau in unserer Gesellschaft soziale Sicherheit, gesellschaftliche Stellung, Identität über den Mann bezieht. Nach Zivilgesetzbuch ist er noch immer der Ernährer, sie die Hausfrau, Gratsdienstleistungsbetrieb für andere. Ihr sozialer Status hängt von dem des Mannes ab. Ihr Körper ist Besitzobjekt des Mannes, in der Reklame Konsumzweig, im Sexfilm Aufgelimeschne.

### Was man so sagt...

Auch die Sprache drückt es aus: «man» ist Mann und Mensch. Frau ist stets das andere. Um solche Sprachstrukturen bewusstzumachen, haben Feministinnen begonnen, das kleine Wörtchen «man» durch das kleine Wörtchen «frau» zu ersetzen oder «man» mit zwei «n» zu schreiben: «mann»; frau ist ja auch nur Frau als Ehefrau, sonst Fräulein: das Fräulein, das Mädchen. Das Sächliche bezeugt den Objektcharakter der unverheirateten Frau. Frau als Ding, als Ware.

Mit solch alteingeschliffenen Denkstrukturen und frauenfeindlichem Wissen konfrontiert, wie soll da frau ihre eigenen Bedürfnisse erkennen und durchsetzen an dieser Männeruni? Das erste ist, dass wir uns zusammenschliessen: Deshalb haben wir die FBB-Unigruppe gegründet, die sich als Teil der Frauenbefreiungsbewegung versteht, aber zugleich die spezifischen Interessen der Studentinnen an der Uni vertritt. Wir sind regelmässig präsent an der Uni mit einem Büchertisch, wo wir Frauenbücher auslegen. Jeden Donnerstag von 11.30 h bis 13.30 h beim Rondell. (Der Büchertisch ist gratis, wir müssen unsere Situation an der Uni analysieren. Am Anfang des Semesters flippete wir ein Flugblatt verteilt, wo wir die Zahlenverhältnisse zwischen weiblichen und männlichen Dozenten und Studierenden für das SS 76 aufgezählt haben: Dozent:innen und Lehrbeauftragte an der Uni Zürich.

### Verteilung nach Geschlecht:

Fakultät	weiblich	männlich		
Theologie	0	0%	30	100%
Jus	3	2,3%	127	97,7%
Medizin	26	5,1%	475	94,9%
Phil. I	44	10,8%	361	89,2%
Phil. II	5	2,1%	232	97,9%
Total	78		1225	

(n. Vorlverz.)

Von allen Lehrenden an der Uni sind also nur 6,7% Frauen, und davon nur 10% ordentliche Professorinnen! Prozentzahlen der Studentinnen an der Uni im SS 76: 29,7%.

### Die Frau – das «bescheidene» Wesen

Uns allen ist klar, dass sich diese Verhältnisse nicht grundsätzlich ändern können, solange Frauen weiterhin auf die Hausfrauen- und Mutterrolle fixiert werden und damit jede Weiterbildung, die nicht dieser Rolle dient, als überflüssige Investition gilt, solange Mädchen in der Schule Handarbeit und Kochen lernen, während Knaben in Rechnen und technischen Fächern gefördert werden. Hier hat die technische Ignoranz der meisten Frauen ihre Wurzel und nicht in einer angeborenen technischen Minderbegabung. Und warum sowenig Frauen in Studentenfunktionen, die Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Positionen eröffnen, warum sowenig Dozentinnen? Weil gesellschaftliches Prestige für Frauen meistens auch gesellschaftliche Isolation bedeutet. Was bei Männern üblich ist, nämlich die berufliche Laufbahn allein voranzustellen, wird Frauen zum Verhängnis: Eine Frau in höherer Position gilt als geschlechtliches Neutrüm und «Unikum», interessant höchstens noch als Fachkollegin.

### «Mehr Dozentinnen an die Uni!»

Diese Forderung erheben wir nicht, weil es uns darum geht, mehr Frauen der Uni zu haben, die es strotzdem geschafft haben. Sondern wir wollen

Frauen, die auch Fraueninteressen vertreten, die all jene von der patriarchalischen Wissenschaft liegegläsernen oder verfälschten Themen, die uns Frauen betreffen, aufarbeiten und erforschen: Frau und Medizin, Sexismus in der Sprache, Frauen in der Geschichte usw. usw. Nur indem wir an einer neuen Wissenschaft und Frauenkultur arbeiten, können wir eine Identität als Frauen gewinnen.

Immer wieder hören wir von anderen Frauen: «Ihr Studentinnen seid ja ohnehin privilegiert.» Das stimmt, wenn wir an alle jene Hausfrauen denken, die rund um die Uhr präsent sein müssen, an alle die Frauen auf dem Büro, die bloss die rechte oder linke Hand ihres Chefs sind, an Arbeiterinnen, die als Anhängsel von Maschinen funktionieren müssen.

### Das neue Projekt der Progressiven Frauen Schweiz

## Ein Tag Frauen-Uni ist nicht genug

Mit einer Aktionswoche vom 7. bis 13. März wird in der Roten Fabrik in Zürich eine neue gesamtschweizerische Frauenorganisation gegründet. Der eigentliche Gründungskongress findet am Sonntag, dem 13. März, statt. In der vorhergehenden Woche soll ein kulturpolitisches Programm (Frauentheater, Musik, Kindermachmittag, Fest, Beizenbetrieb) möglichst vielen Frauen Gelegenheit geben, sich selber, sich untereinander und uns kennenzulernen und sich über die neue Organisation zu informieren. Der Name: «Zur Sache der Frau» (SAFRA).

Durch Gerüchte ist bereits bekanntgeworden, dass die Progressiven Frauen Schweiz (PFS) ihre Organisation erweitern wollen. Der Entschluss, sich auf breiteren Boden zu stellen, ist ein Schritt in der Entwicklung der Frauen, die heute Mitglieder der PFS sind, und ist für Frauenstehende am besten aus der Geschichte der Organisation zu verstehen.

### Die Geschichte der Frauen studieren

Die Progressiven Frauen sind in Basel aus der Studentenbewegung der endsechziger Jahre hervorgegangen, zu einer Zeit also, in der die traditionelle Frauenbewegung, die hauptsächlich den Kampf um das Frauenstimmrecht geführt hatte, in einer Sackgasse war: Der Kampf um das Frauenstimmrecht plumperte aus. Die Studentenbewegung schliesslich brachte zwar die Frauenbe-

Einzelne Studentinnen sagen auch selbst von sich: «Was brauch' ich euer Frauenbefreiungszeug, ich bin doch emanzipiert!» Was meinen sie damit? Vielleicht: «Ich hab's geschafft, ich bin an der Uni, die Zukunft steht mir offen.» Dass dies häufig ein Trugschluss ist, beweisen die Erfahrungen von stellensuchenden Frauen mit Uniabschluss; selbst ein abgeschlossenes Hochschulstudium schützt nicht vor Diskriminierung. Vielleicht mag «emanzipiert sein» für einige auch heissen: «Ich kann penen» mit wem ich will, im Notfall weiss ich auch, wo ich abtreiben kann. Ich hab' die Möglichkeit, mir einen Mann in gehobener Stellung zu angeln, kann mir vielleicht auch noch selbst ein gutes Pöschchen ergattern.» Die Kehrseite wäre: «Für mich muss ich stets diesen Herzen gefällig sein, darf ja nicht zuviel Intelligenz oder eigene Bedürfnisse und Ansprüche zeigen.»

### 18. Februar: Frauenunitag

Es ist klar, dass wir eine solche Emanzipation nicht wollen. Wir wollen unsere Privilegien als Studentinnen nicht dazu benutzen, uns bei Karriere-männern mehr Chancen zu ergattern, sondern sie für die Befreiung aller Frauen aus männlicher Vorherrschaft einzusetzen. Um einen kleinen Vorgesmack davon zu bekommen, wie eine Uni für Frauen aussuchen könnte, wollen wir von der FBB-Unigruppe am 18. Februar einen **Frauenunitag** organisieren. Studentinnen aus verschiedenen Fachbereichen erarbeiten verschiedene Alternativveranstaltungen zu den üblichen Fachvorlesungen. Ein Tag, um all das, was uns Frauen in unserem Studium aufstösst, verletzt, mundtot macht, zu artikulieren, ist eigentlich viel zu wenig, aber es soll ein Anfang sein.

FBB-Unigruppe



«wenn du mal Kinder hast.» – «Ich will gar nicht heiraten und gar keine Kinder», schmauchte ich während. Aber ich war längst nicht mehr so sicher, eigentlich nie sicher gewesen. Die Angst blockierte mein Denken. «Das schaffst du nie, das schaffst du nie.» Ich konnte die Mathematikaufgaben nicht lösen, die Vorlesungen gingen mir viel zu schnell vorwärts mit dem Stoff.

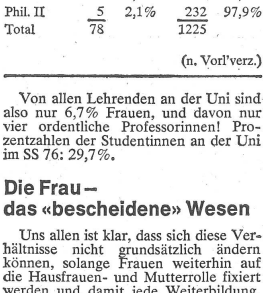
### Der Mann das Haupt – die Frau die Seele...

Ich verlies die Uni. Eine Versagerin mehr. Warum steigen die Frauen so häufig aus dem Studium aus? «Sie heiraten bald!», sagte mir ein Student.

Ich ging ins Ausland, flippete wir für ein paar Jahre. Heute studiere ich Psychologie. Gezielt sich wohl besser für eine Frau. «Der Mann das Haupt, die Frau die Seele der Familie», heisst es schon im Ehebuch, das ich bei meinen Eltern ergatterte, um mich aufzuklären.

Nun, immerhin, die Psychologie bemüht sich, eine «objektive» Wissenschaft zu werden, wo alles empirisch belegt und mit Statistiken abgesichert ist. Hören wir einen Dozenten der Psychopathologie: «Fallgeschichte» einer depressiven Frau: Eine Frau, deren Mann sich eine Geliebte anschafft, versinkt in Depressionen, Suizidversuch, vorübergehende Einlieferung in eine Klinik, Verabreichung von Antidepressiva. Der Psychiater rät ihr eine Trennung von ihrem Mann an. Sie müsse einen Mann haben, der eher ihre Bedürfnisse entspreche. Welchen Bedürfnissen?

Das Ganze wird überhaupt nicht problematisiert. Schon der Fachjargon deutet es an: Es ist eine scheinbar objektive und wertfreie, im Grunde aber total verdächtige Sprache. Das Schicksal der einen Frau, das wahrscheinlich das Schicksal von Millionen Frauen ist, wird zu einem klinischen «Fall» degradiert. Ihre totale Abhängigkeit vom Mann wird überhaupt nicht reflektiert. Die Therapie lautet einfach: Man schiebe



Schreiben Sie, die Stellung der Frau ist von ihrer Konvention her begrenzt, was in geringer Lohnzahlung seine Entsprechung finden muss.

waren zu diskutieren, ebenso die Sozialversicherungen und ihre Bedeutung für die Frauen. Das führte zu unseren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, zur Einrichtung unserer Beratungsstellen in verschiedenen Städten und zur Forderung nach Entlastungssituationen für berufstätige Mütter wie Kindertagesstätten, Schulverpflegung usw.

Natürlich heisst das nicht, dass wir damit die Mutter- und Hausfrauenrolle zementieren wollen. Aber solange

Frauen bis zu 40% weniger Lohn als ein Mann für die gleiche Arbeit bekommen, solange Mädchen schlechter ausgebildet werden als ihre Brüder und folglich die unqualifiziertesten Arbeiten machen, wird normalerweise (und sogar vernünftigerweise) der Mann mit der Ausserhausarbeit das Geld zum Unterhalt der Familie verdienen und die Frau Haushalt und Kinder ebenso unbezahlt wie unwürdig versorgen. Deshalb kann der Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit der Frau nur über gesellschaftliche Einrichtungen erfolgen, die es ihr ermöglichen, den erlernten Beruf weiter auszuüben und sich weiter zu qualifizieren. Selbstverständlich muss deshalb der Kampf geführt werden um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Bildungschancen für Mädchen und bei gleicher Qualifizierung gleiche Aufstiegschancen im Beruf. Aus diesem Grund haben wir die Gleichheitsinitia-

Fortsetzung auf Seite 6

### Weg mit dem Fräulein – Weg frei für Frauen

«... darf das Weib, welches sich ohne männliche Beihilfe, aus eigener Kraft eine selbständige Stellung errang, präferieren, auch den würdevollen Namen «Frau» beigelegt zu erhalten. Es ist überhaupt eine erste Forderung des Zeitgeistes, dass das Weib eine selbständige, rein menschliche, vom Verhältnis zum männlichen Geschlechte unabhängige Geltung erstehe und dass es demnach nicht mehr für die Gesellschaft als vermählt oder unvermählt von vornherein rangiert und klassifiziert werde. Für das Weib soll in Zukunft Liebe und Ehe lediglich eine heilige, unantastbare Herzens- und Privatangelegenheit sein, keine gesellschaftliche Lebensfrage, und Frauen, d. h. vollwertige Gesellschafts-

glieder, denen man in Form und Wesen gleicherweise Achtung und Berücksichtigung zollt, das sollen alle sein, auch die Unverheirateten.»  
Aus «Frauen-Anwalt», Nr. 6, 1871/72

Das schrieb Frau vor hundert Jahren, und noch immer unterscheidet Mann zwischen Frau und Fräulein. Damit machen wir nun endlich Schluss! Frauen sind Frauen, und wir fordern, dass wir auch mit «Frau» angesprochen werden.

Wer sich nicht mehr mit dem diskriminierenden «Fräulein» anreden lassen will, schicke den folgenden Talon an die Einwohnerkontrolle des Wohnortes:

Absender: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ An den Chef der Einwohnerkontrolle

\_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

Gesuch um das Recht, sich mit Frau statt Fräulein ansprechen zu lassen

Sehr geehrte Herren,

Da ich mich in Zukunft mit F r a u statt Fräulein ansprechen lassen möchte, bitte ich Sie, die nötigen amtlichen Schritte zu veranlassen.

Meine Personalien:

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

geb. am \_\_\_\_\_ von \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_

wohnhaft \_\_\_\_\_

Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen im Voraus und verbleibe

\_\_\_\_\_ mit freundlichen Grüßen \_\_\_\_\_

Beilage: Schriftenempfangsschein

### jeans-Fundgrube

1 Paar Fr. 25.-

3 Paar Fr. 60.-

Nur bekannte Marken

Jeans-Shop Willy Korn

Rigiplatz, Universitätstr. 102

Fortsetzung von Seite 5

...unterstützt. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird auch erreichbar sein, dass Männer mit gleicher Selbstverständlichkeit Kinder und Haushalt versorgen.

Die Politik der PFS

Was nun die neue autonome Frauen-Massenorganisation von anderen feministischen Massenorganisationen unterscheidet, ist, dass wir den gesamtgesellschaftlichen Kampf in unsere Strategie einbeziehen. In der «National-Zeitung» (29. 1. 77) wird uns vorgeworfen, dass wir über sozialistische Forderungen nicht hinausgehen. Daraus werden die geläufigsten Missverständnisse über den Charakter einer Massenorganisation deutlich: Die Aufgabe einer solchen Organisation kann nicht sein, als «Avantgarde» des Volkes die Veränderung der Gesellschaft zu bewirken, sondern sie muss frauenspezifische Forderungen aufstellen, ausgehend von den Gegebenheiten. Man kann auch nicht davon ausgehen, dass wir uns berufen fühlen sollten, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Tatsächlich sind wir der Meinung, dass beim heutigen Stand der Klassenkämpfe in der Schweiz eine antimonopolistische Politik auf der Tagesordnung steht.

Jede Frau, die sich als Feministin versteht, wird selbstverständlich ihre eigene Rolle als Frau überprüfen. Wir glauben aber nicht, dass wir es beim Kampf gegen den eigenen Mann oder gegen die Männer schlechthin bewenden lassen sollten. Der Kampf am häuslichen Herd, den auch fortschrittliche Frauen mit fortschrittlichen Männern zu führen haben, weil deren Alltagsverhalten sich

noch nicht auf der Höhe ihres Bewusstseins befindet, darf zwei Einsichten nicht verdecken:
• Auch der Kampf um Waschtrog oder im Bett hat gesellschaftliche Ursachen. Der weitaus grösste Teil der Frauen nimmt nicht teil an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Die Frauen sind im politischen Leben kaum vorhanden, allenfalls mit Alibifunktion. Ebenso im öffentlichen Leben: Selbst hochqualifizierte Frauen finden immer noch einen Mann über sich (Chefarzt, Chefredaktor, Leiter einer Forschungsanstalt usw.).

• Zweifellos hat die sogenannte privilegierte Frau (die mit guter Ausbildung und/oder wohlhabendem Ehemann) mehr Möglichkeiten, sich ihre Diskriminierung weniger bewusst zu machen als die Lohnabhängige Frau, die ihre Abhängigkeit im Beruf ungemildert durch Erfolgserlebnisse und Befriedigtsein in der Arbeit täglich spürt. Ebenso leidet die «privilegierte Frau», wenn Geld kein Thema ist, weniger unter der Abhängigkeit vom Mann und unter der Doppelbelastung als berufstätige Frau. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass sie ebenfalls von gesellschaftlichen Entscheidungen höchstens Kenntnis nehmen kann.

Die Diskussion ist offen

Wir schliessen daraus, dass die Lage aller Frauen nun zu verändern ist, wenn wir mit so vielen Frauen wie möglich Einigkeit darüber erzielen, dass die heutige Gesellschaftsordnung, also der Monopolkapitalismus in seiner Verflechtung mit der Staatsmacht, ein vitales Interesse daran hat, die Frauen in ihrer Rolle als beliebig abrufbare Arbeitskraft und als Lohndrücker zu er-

halten. Das gemeinsame Interesse aller Frauen, die nicht zum monopolistischen Kern der Gesellschaft gehören, muss neben dem Kampf gegen ihre geschlechtsspezifische Unterdrückung auch gegen die Herrschaft der Monopole gerichtet sein. Das bedeutet demokratische Erneuerung, und demokratische Erneuerung heisst heute auch: durch Ausnützung der vorhandenen de-

Vortragsreihe Emanzipationstheorien

- Montag, 7.2.77: Sexualität
Montag, 14.2.77: Familie, Erziehung
Montag, 21.2.77: Hausfrauen
Montag, 28.2.77: Ausbildung, Beruf
jeweils 20 Uhr im Limmathaus

mokratischen Strukturen den Abbau der Demokratie zu verhindern. Weil wir als Frauen zusätzliche Diskriminierung erfahren, müssen wir uns gemeinsam dagegen zur Wehr setzen. Das ist der Grund, weshalb wir eine breite, parteiunabhängige, demokratische Frauenorganisation für notwendig halten.

Zur Zeit wird der Entwurf der Plattform der neuen Organisation «Zur Sache der Frau» in allen Sektionen der PF breit diskutiert. Abänderungsvorschläge werden von allen Mitgliedern und Sympathisantinnen, die an den Diskussionen teilnehmen, entgegengenommen und in einem neuen Entwurf, der am 13. März zur definitiven Verabschiedung vorgelegt wird, berücksichtigt. Alle Frauen, die an der neuen Organisation interessiert sind, haben also seit Wochen – und jetzt noch – Gelegenheit, die Plattform mitzubestimmen.

Progressive Frauen Schweiz

zs -Tip

Kurs: Der emanzipierte Mann

Es steht fest, dass sich viele Männer durch die emanzipatorische Entwicklung ihrer Partnerin in ihrer eigenen Rolle in Frage gestellt fühlen, ja fühlen wollen: Was ist typisch für mich als Mann? In meinen verschiedenen Beziehungen zu Frauen, zu andern Männern, zu Kindern, in meinen Rollen in der Familie, im Beruf, in der Freizeit, in der Politik, in der Armee sehe ich mich als Mann

bestimmten Erwartungen ausgesetzt. Ich funktioniere in diesem Netz von Erwartungen und Beziehungen – aber kann ich mich darin als Persönlichkeit entfalten, oder fühle ich mich eingegengt?

Der Kurs «Der emanzipierte Mann» will Männern Gelegenheit geben, unter ihresgleichen ihre Selbstentwicklung und -verwirklichung kritisch zu überdenken, sowie in Gruppengesprächen und Übungen zum Erlebnis neuer Erfahrungen und Einsichten verhelfen. Beginn: 23.2.1977. Auskünfte: Zentrum für soziale Aktion und Bildung, Langstrasse 213, Postfach 166, 8021 Zürich, Tel. (01) 42 12 70.

wo d'studänte anegönd...



Rest. «Weisser Wind»

Oberdorfstr. 20, Tel. 32 18 45
Räumlichkeiten für Feste und Anlässe (10-250 P.)
Preiswertes aus Küche und Keller
Fam. A. Fellmann



Snacks günstige Tellergerichte

Spezialitäten zu jeder Tageszeit kalt und warm

F. Rieder-Harlander
Rämistr. 31, beim Bellevue vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Café «Studio»

gute Küche, angenehmer Aufenthalt
Hottingerstrasse 5
Zürich
Telefon 32 91 41

atelier

Der Treffpunkt der Studenten
Preiswert und gut essen im Rest. «Johanniter»
Niederdorfstr. 70
und Rest. «Gans»
Niederdorfstr. 88
abends ins jazz-house «Picadilly-Circus»
mit internat. Spitzenorchestern wie Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw.
Eintritt frei

Tea-Room «Vogelsang»

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich
Annahme von Lunch-Checks. Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!
Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüßen zu dürfen
P. und M. Tbau-Betschart

Schöner Wohnen's Kafi Neumärt

Ecke Neumarkt/Obmannamtsgasse
Der gemütliche Treffpunkt mit ungezwungener Atmosphäre. Entspannen Sie sich in unseren herrlich bequemen Polstern bei einem erfrischenden Trunk, einem himmlisch duftenden Kaffee oder bei einer unserer vielen speziellen Teesorten. Man trifft sich – man sieht sich im Neumärt!

ZUR KANTOREI

8001 Zürich, Neumarkt 2
Telefon 47 99 62
Das gepflegte Restaurant für jedermann im Verbindungshaus der Zürcher Singstudenten
Michel und Ingrid Panchaud
Beachten Sie bitte unsere Inserate und berücksichtigen Sie unsere Inserenten.

Restaurant «am egge»

Froschgaugasse 15
8001 Zürich, Tel. (01) 32 13 33
Warme Küche von 11 bis 24 h
Günstige Preise

Für Naturwissenschaftler Ingenieur und Naturphilosophen: Zur Äquivalenz von Masse und Energie von Hugo Kressebuchs. Tatsachen und Legenden um die Formel E=mc^2. Korrekte und leichtverständliche Herleitung dieser Formel. Dreidimensionale Darstellung der Energie. - Überrechnung aus Wien. - Einfache Berechnung des Energieinhalts von 1 Gramm Materie. Broschüre A4, 9 Druckseiten, 3 Bilder, Literaturverzeichnis. Erhältlich bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag: PROXIMA AG, Werderstrasse 40, CH-8004 Zürich, Preis DM/Fr. 7.-

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen. 10% Rabatt auf Brillen Sonnenbrillen Feldstecher Höhenmesser Kompass und Lupen. Kontaktlinsen Preise auf Anfrage. Welcho-Optik, Welchgasse 4, 8050 Zürich, Telefon 01/46 40 44

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin. Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «das Konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonniertalon in dieser Nummer. Farben zum selber Malen und die gute Beratung bei CANONICA! + Co. Schaffhauserstrasse 6 (vis-à-vis Krone) Tel. (01) 26 30 61, Zürich Alles zum Malen

BUCHHANDLUNG HEINIMANN & CO. vorm. Hans Raunhardt. 8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster, Tel. (01) 32 13 68/69. Die Fachbuchhandlung für Medizin - Psychologie Recht - Ökonomie Architektur mit der grossen Tradition. Individuelle Bedienung und Beratung. Juristisches Antiquariat.

Farben zum selber Malen und die gute Beratung bei CANONICA! + Co. Schaffhauserstrasse 6 (vis-à-vis Krone) Tel. (01) 26 30 61, Zürich Alles zum Malen

ENGLISCH IN LONDON. Angloschool - eine erstklassige Sprachschule - offeriert Ihnen Intensivkurse: 30 Stunden in der Woche 185 Fr., inkl. Unterkunft und Verpflegung - im Sommer auch 15 Stunden möglich. Dokumentation: Horak, Scheuenstr. 18, 3400 Burgdorf, Tel. (034) 22 81 05, nach 19 Uhr

Ein Vergleich lohnt sich bestimmt. Wir gewähren für Studenten und an Hochschulen sowie Universitäten tätigen Angestellten bis 30% Rabatt auf hochpräzise Mikroskope für Studien-, Labor- und Forschungszwecke. Mit Garantie und Service. Einmalige Gelegenheit! Verlangen Sie unsere Unterlagen oder überzeugen Sie sich von unseren Mustergeräten. marimex ag, magnolienstr. 3, 8008 zürich. 01-34 29 22 Hr. Albisser od. Hr. Sutter.

SSS Studenten-Schreib-Service. Reinschriften, Offsetdruck Kopien und Übersetzungen. Tel. (01) 32 00 88, Sonneggstr. 26, 8006 Zürich

Gruppendynamik Analytische Selbsterfahrungsgruppen. Die nächste Studiengruppe Z-ST 6 (8 Wochenenden in 3-4wöchigem Abstand) startet am 1.-3. April 1977. Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt: Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik GAG Arbeitsgemeinschaft Schweiz. Wangenerstr. 5, 8307 Effretikon, Tel. (052) 32 51 68

Ansprechende Auswahl günstige Preise finden Studenten in unseren Gastbetrieben. Mensa der Universität Unibar, Erfrischungsraum, Olivenbaum, Frohsinn, Hotel-Restaurant Rütli. Künstlergasse 10, Universitätsgebäude, Zahnärztliches Institut, Kantonales Tierspital, Stadelhoferstrasse 10, Zähringerstrasse 43. Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

AGU: Anatomie des Rausschmisskandals an der ETHZ

Blind für Alternativen

Hat die ETH-Schulleitung auf eigene Initiative die Aktivitäten der AGU blockiert, oder geschah dies auf Druck von aussen? Trotz zahlreichen Vorstößen von seiten der Dozenten und Studenten an der ETH, des Vorstehers des Gottlieb-Duttweiler-Instituts und der Dezentrale (vgl. offener Brief an die Schulleitung der ETHZ, ZS 54/6) wollen sich die ETH-Verantwortlichen nicht zur Diskussion stellen. Fest steht lediglich: «Der Name AGU muss von den Hochschulen verschwinden, da gibt es keine Diskussion» - Zitat des Sekretärs der ETH-Schulleitung, 19. 10. 1976.

Als im Frühjahr 1976 der Arbeitsgemeinschaft Umwelt die deutsche Umweltschutzmedien verliehen wurde, war die Schulleitung der ETHZ unter den ersten Gratulanten. In einem Brief an die Arbeitsgemeinschaft gab ETH-Präsident Ursprung seiner Freude über die Ehrung, die den beiden Zürcher Hochschulen dadurch zuteil würde, Ausdruck und gratulierte den Preisträgern im Namen der Mitglieder der Schulleitung zu ihrem grossartigen Erfolg. Rund eine Woche später erschien im «Luzerner Tagblatt» ein Artikel über Cincera's Vortragabend in Luzern. Darin bezichtigte bekanntlich der Subversivjenäger die AGU der Subversion und Illegalität (vgl. «das Konzept» 5/12).

Nachdem bis Mitte September die Haltung der ETH-Schulleitung gegenüber der AGU stets von Wohlwollen geprägt war und auf Ende September neue Räumlichkeiten in Aussicht gestellt wurden, sagte ETH-Präsident Ursprung am 20. September ein auf den nächsten Tag vereinbartes Gespräch kurzfristig ab. Gleichentags wurde die AGU ohne Vorwarnung in zwei Stunden (!) zum Verlassen der ETH-Räumlichkeiten aufgefordert.

Geldhahn zuge dreht

Im Sommer 1975 erklärte Ursprung noch, dass die Finanzrestriktionen des Bundes eine neue Organisationsform der Finanzierung der AGU erforderten, und schlug die Gründung eines Trägervereins an der ETH mit der Uni Zürich und Umweltschutzorganisation vor. Ein Jahr später reichte dann Finanzdirektor Bisang einen definitiven Statutenentwurf des «Vereins Umwelt» bei der Schulleitung ein.

Zum Zeitpunkt, als die ersatzlose Räumung der AGU-Büros angeordnet wurde, wollte die Schulleitung jedoch nicht mehr von der Gründung des Trägervereins wissen. Die AGU bemühte sich alsdann um die Angliederung an ein Institut und konnte wenige Tage darauf die Bereitschaft des Entomologischen Instituts an der ETH, die Arbeitsgemeinschaft bei sich aufzunehmen, der Schulleitung zur Kenntnis bringen.

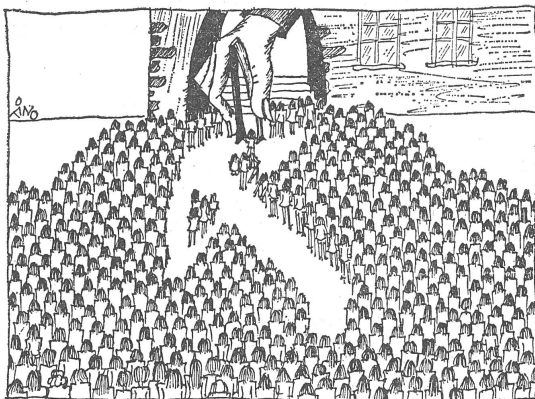
Obwohl die AGU sehr weitgehende Veränderungen ihrer Organisationsform anbot, stellte die Schulleitung gegenüber den Institutsvetretern immer neue Bedingungen, die letztlich eine interdisziplinäre Arbeit an der ETH verunmöglicht hätten.

Allseitige Missbilligung ...

Durch die Massnahmen der ETH-Leitung beunruhigt; verlangte der Institutsvorsteher des Gottlieb-Duttweiler-Instituts, Prof. Pestalozzi, Auskunft über die Beweggründe, die zum überraschenden Ausschluss der AGU von der ETH führten. In seinem Schreiben an

den ETH-Präsidenten bezeichnete er die AGU als eine der fachlich am meisten ausgewiesenen Umweltorganisationen des In- und Auslands, und es sei daher unerklärlich, dass der AGU inskünftig jegliche Unterstützung seitens der ETHZ entzogen werden soll. Der ETH-Präsident schliesst jedoch seinen Antwortbrief mit dem lapidaren Satz: «Die gegenwärtigen Verhältnisse verbieten mir jedoch eine weitergehende Unterstützung.»

Kurz darauf, im Dezember, kam es an der Vorstandskonferenz der ETHZ zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Schulleitung und den Abteilungs-vorständen. Die Vorstandskonferenz



Unschweizerisches à la AGU ausmerzen, damit das Schweizerische, Qualitätsbewusstsein wieder zum Vorschein kommt.

war nicht willens, das eigenmächtige Vorgehen der Schulleitung zu billigen, und sprach sich für eine weitere Tätigkeit der AGU im Rahmen der Hochschule aus. Die Schulleitung war damals durch Rektor Zollinger an der Vorstandskonferenz vertreten gewesen, war aber, unter Berufung auf die Klage der AGU gegen Cincera bei der Bezirksanwaltschaft Zürich, nicht bereit, eine Aussage zu machen. Auf Anfrage teilte der Bezirksrichter jedoch mit, dass die Begründung dieser Auskunftsverweigerung gegenstandslos gewesen sei.

... bis hin zu Protestbekundungen

Damit war der Skandal perfekt. Die einsetzende Flut von Protesten seitens der Studenten und der Umweltorganisa-

tionen machte die Schulleitung noch zugeknöpft. Das Angebot der AGU, über den Stand der Umweltdiskussion an der ETH ein öffentliches Podiumsgespräch zu führen, lehnte sie rundweg ab. Das für die Schulleitung kompromittierende Thema war ihr allmählich über den Kopf gewachsen.

Die Flucht nach vorne antretend, veranstaltete sie im Januar nur ihrerseits eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema «Energiesparen - wie?». Auf die bei dieser Veranstaltung sich mehrmals aufdrängende Frage, was die ETH im Hinblick auf Technologien, die uns aus der einseitigen Energieabhängigkeit befreien, unternehme, antworteten Prof. Stumm, Direktor der EAWG, und Prof. Mansour, Vorstand der Abt. für Elektrotechnik, mit der Feststellung, dass in dieser Richtung einfach zuwenig Forschung betrieben würde.

Unterdrückung durch die Energielobby?

Die brennendste Frage ist wohl die nach dem Motiv der Aktionen der ETH-Leitung. Die Fakten provozieren dazu. Zurzeit scheinen echte alternative Technologien in Forschung und Lehre recht selten berücksichtigt zu werden. Vielmehr ist bekannt, dass Bestrebungen im Gang sind, bei interdisziplinären Forschungsprojekten abzubauen. Vielsprechende Alternativprojekte wie «Biologischer Landbau» (Abt. X) und

Projektorientiertes Studium auch für Uni-Studenten

An der Naturwissenschaftlichen Abteilung der ETHZ konnte im Herbst 76 das erste projektorientierte Studium als Experiment in Angriff genommen werden. In Gruppen von 5 Studenten absolvieren die letzten 4 Semester ihres Studiums im Rahmen von Forschungsprojekten. Bis heute aber ist die Grundidee des POST erst zur Hälfte ausgeführt: Gesellschaftlich relevante Probleme werden lediglich von der naturwissenschaftlichen Seite angegangen, die gesellschaftswissenschaftlichen Fragen liegen noch völlig brach.

Es braucht nun also Uni-Studenten entsprechender Disziplinen, die bereit sind, in einem der zwei bestehenden Projekte mitzuarbeiten. Bei der Vorbereitung des POST wurde uns von den Dekanen der Juristischen, Soziologischen und Ökonomischen Fakultät zugesichert, dass Uni-Studenten ihre Seminar- und Lizentiatsarbeiten im Rahmen des POST absolvieren dürfen.

Schwermetalle sind Umweltgifte

Das eine Projekt, das bis heute Biologen und Biochemiker in Angriff genommen haben, ist stark motiviert von der aktuellen und zukünftigen Belastung unserer Gewässer und Trinkwasser durch hochgiftige Schwermetalle wie Quecksilber, Kadmium, Blei, Kupfer usw.

Die Bedeutung dieser Umweltbelastung durch metallische Gifte mag durch die Befürchtung vieler Wissenschaftler illustriert werden, die meinen, dass die zunehmende Verschmutzung der Umwelt durch Schwermetalle eine analoge Bedrohung darstelle wie die Expansion der Atomkraft.

Dass diese Zunahme der Schwermetallgehalt direkt mit der expandierenden Industrialisierung zusammenhängt, muss wohl nicht weiter ausgeführt werden. Es wird die Sache der interessierten Sozialwissenschaftler sein, zusammen mit den Naturwissenschaftlern, die wichtigsten Fragen bezüglich Umweltpolitik herauszuschälen, die im Rahmen des Projekts weiter bearbeitet werden sollen.

Ein Beispiel: Jährlich werden ca. 10 000 t Quecksilber aus dem Wasser und in die Atmosphäre abgegeben. Einer der wichtigsten Verwendungszwecke ist die Herstellung von Chlorgas aus dem Amalgamverfahren. Bei der Produktion von einer Tonne Chlor entsteht ein «Verlust» von ca. 200 g Quecksilber. Neben der Diskussion der Wirkungsweise dieser Metalle wird auch die Frage nach möglichen globalen und regionalen Einschränkungen zu stellen sein. Danach, wie solche Massnahmen ökonomisch und rechtlich durchzuführen seien, vor «bezahlen» muss bei den verschiedenen Varianten, welche Entwicklungsdrücke entstehen würden (z. B. technologisch, ökonomisch usw.).

Naturschutz im Interessenkonflikt

Bis heute sind es vorwiegend Naturwissenschaftler, die Vorschläge für die Ausscheidung von Naturschutzgebieten (NSG) machen. Die Auswahl ist aber immer ein Politikum erster Ordnung. Am Beispiel Reusstal (von Müllturm bis Bremgarten) soll das Projektstudium gesamtgesellschaftliche Kriterien zur Ausscheidung von NSG erarbeiten. Neben den rein naturwissenschaftlichen Aspekten (pflanzensoziologische, bodenkundliche, zoologische, klimatische, geographische usw.) sind es vor allem auch die ökonomischen und sozialen Aspekte, die für die Ausscheidung von NSG relevant sind. Anhand des konkreten Projekts sollen die vorhandenen Interessen (Naturschutz, Landwirtschaft, Erholung, Erholungsverkehr, Durchgangsverkehr,

Industriegebiete, Wohngebiete, Meliorationen usw.) durchschaubar und bewertbar gemacht werden. Ökologische und sozioökonomische Kosten-Nutzen-Analysen sowie «Meinungsforschungen» zur Einstellung zu NSG wären denkbar, sofern das Interesse vorhanden ist.

Die Grundidee des POST umfasst drei Hauptelemente: Arbeit an einem gesellschaftlich relevanten Thema, forschendes Lernen mit Selbstorganisation und -planung sowie Gruppenarbeit als Arbeits- und Lernform. Es kann also heute den Uni-Studenten kein Lernprogramm vorgeschlagen werden, sie werden dies mit uns zusammen erarbeiten müssen. Dass wir heute relativ konkrete Themen vorlegen, ist an sich schon ein Widerspruch. Die Interessenten können über die Gruppe und die Projekte mehr erfahren an der Informationsveranstaltung vom 15. Februar.

Abgehört und aufgeschrieben

Beim Städtischen Hortbüro am Parkring werden arbeitssuchende Hortnerinnen abgewiesen und müssen daher stempeln gehen. Gibt es denn zuviel Hortnerinnen? - Nein, ganz im Gegenteil. Im Hort des Schulhauses an der Kernstrasse muss eine Hortnerin allen 22 Kinder verschiedenen Alters beim Aufgabenlosen betreuen. Kein Wunder, dass die Kinder ihre Aufgaben nicht bis am Abend fertigbringen können und in der Schule Mühe haben. Über diesen Missstand weiss auch der Kreis-Schulpräsident Guyer Bescheid. Untermommen allerdings hat der urchige Sozialde-

Telefonzeitung 01/39 11 12 kurz und kritisch

monkrat nichts. Vielleicht glaubt Schulpräsident Guyer, es käme die Öffentlichkeit billiger zu stehen, wenn die Hortnerinnen stempeln und die alleinstehenden Mütter nachts die Aufgaben ihrer Kinder lösen müssen.

Von den siebzehnjährigen Zürchern und Zürcherinnen haben im Jahr 1975 nur gerade 17% eine Mittelschule besucht. Der Anteil an Arbeiter- und Angestelltenkindern hat im Vergleich zum Vorjahr von 45% auf 40% abgenommen, so gesehen eine besorgniserregende Untervertretung jener Bevölkerungsschichten, die in unserem Land die byrd Mehrheit darstellen und sich die Chancengleichheit immer mehr in den Himmel schreiben müssen.

So stammen 70% der Absolventen der Gymnasientypen A und B aus der Oberschicht. Aber auch in den Seminarien und den Handelsschulen wird der Anteil der Kinder aus begüterten Kreisen immer grösser.

Das Oberschichtblatt von Zürich hält auch schon eine Erklärung bereit: «Die Träume von der Selbstverwirklichung und der mitmenschlichen Solidarität haben sich als Schäume erwiesen, das Arbeiten nach der obligatorischen Volksschule wird wieder gross geschrieben!» Oder anders ausgedrückt: «Die Krise hat im Bildungssektor die Massstäbe und Proportionen wieder zurechtgerückt» - zugunsten der herrschenden Klasse.

Der Schweizer Kartoffelkonsument bekommt im nächsten Herbst nur noch «Volks»-Kartoffeln vorgesetzt. Wie die eig. Alkoholverwaltung mittels, hat die Dürreperiode des letzten Sommers ein neues Opfer gefordert. Die Sorte «Prominenz» habe sich nicht als hitzebeständig erwiesen und steht für dieses Jahr nicht als Saatgut zur Verfügung.

Diplomiert, und schon beginnt der Ärger

Irgendwann im November bringt die Post die frohe Botschaft: Von nun an darf ich meinem Namen das dipl. natw. ETH anhängen. Wahrscheinlich sollte ich darauf stolz sein, schliesslich schliesst mich jeder Schindl an der «zweibestehenden technischen Hochschule der Welt» ab. Doch kaum begannen sich solche Gefühle in mir zu regen, da wurden sie schnell überdeckt. Im gleichen Umschlag (pauschalfrankiert Reklamt ETH, notabene) steckte neben administrativen Mitteilungen ein Brief mit Kopf der Eidg. Techn. Hochschule und Gesellschaft ehemaliger Studierender der ETH (GEP). Darin wird mir alles Gute für den täglichen Verkauf meiner Arbeitskraft gewünscht (berufliche Tätigkeiten nennen sie es), und ich werde aufgemuntert, der GEP beizutreten. Nicht etwa nur weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat». Nicht etwa nur weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat». Nicht etwa nur weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat». Nicht etwa nur weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat».

Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird da schnell klar, welche Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu welchem Zweck. Es wird sich Diskussionen über Praxisbezug und die Einbeziehung gesellschaftlicher Momente in die Ausbildung wurde von Dozenten und ihrem Repräsentanten, dem Rektor, immer wieder quergeschossen. Die Wissenschaft sollte rein gehalten werden, sie findet ihre Ziele aus sich selbst und was da sonst noch alles erzählt wurde. Und jetzt wird ausgerechnet auf die GEP verwiesen, und ein Mitglied der Schulleitung macht auf ihre primäre Bedeutung aufmerksam. Die GEP konkretisiert in ihrer Selbstdarstellung diese Idee, die bei der Gestaltung der Studienpläne und bei der Besetzung der Lehrstühle.

Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird da schnell klar, welche Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu welchem Zweck. Es wird sich Diskussionen über Praxisbezug und die Einbeziehung gesellschaftlicher Momente in die Ausbildung wurde von Dozenten und ihrem Repräsentanten, dem Rektor, immer wieder quergeschossen. Die Wissenschaft sollte rein gehalten werden, sie findet ihre Ziele aus sich selbst und was da sonst noch alles erzählt wurde. Und jetzt wird ausgerechnet auf die GEP verwiesen, und ein Mitglied der Schulleitung macht auf ihre primäre Bedeutung aufmerksam. Die GEP konkretisiert in ihrer Selbstdarstellung diese Idee, die bei der Gestaltung der Studienpläne und bei der Besetzung der Lehrstühle.

Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird da schnell klar, welche Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu welchem Zweck. Es wird sich Diskussionen über Praxisbezug und die Einbeziehung gesellschaftlicher Momente in die Ausbildung wurde von Dozenten und ihrem Repräsentanten, dem Rektor, immer wieder quergeschossen. Die Wissenschaft sollte rein gehalten werden, sie findet ihre Ziele aus sich selbst und was da sonst noch alles erzählt wurde. Und jetzt wird ausgerechnet auf die GEP verwiesen, und ein Mitglied der Schulleitung macht auf ihre primäre Bedeutung aufmerksam. Die GEP konkretisiert in ihrer Selbstdarstellung diese Idee, die bei der Gestaltung der Studienpläne und bei der Besetzung der Lehrstühle.

Bekanntnis zur Unfähigkeit?

ETH-Präsident Ursprung hat Sorgen. Die Widerstände gegen seine Amtsführung wachsen. Nicht nur dass er den Unmut der Umweltfreunde auf sich gezogen hat, auch die Abteilungsvorstände wollen Ursprungs Erlass nicht billigen. Allzuoft ungefragt über Köpfe hinweg zu entscheiden regt selbst den Argwohn der Parlamentarier, unter denen schon öfters einer warnend auf den steilen Ausbau der ETH-Verwaltung hinweist. Für den Präsidenten eine patente Mäglichkeit, die Verantwortung seiner einsamen Entscheidung vermehrt auf seine Beamten abzuschieben.

Länger entscheiden nicht mehr die Polyaner über das Werden ihrer Hochschule, Juristen und Verwaltungsexperten haben das grosse Reden in ETH-Management. Nach gut drei Jahren Verwaltungstätigkeit verliert der ETH-Präsident allmählich den Anschluss an die Wissenschaft. Mit seinen Entscheidungen erweist er immer mehr Missfallen und Unverständnis. Wichtigen und notwendigen Diskus-

sionen geht er aus dem Wege und versteckt sich hinter dem Verwaltungskram.

Zwischen dem Präsidenten und der Reformkommission ist mittlerweile offener Krieg ausgebrochen. Auch die Abteilungsvertretern wollen sich nicht abfinden lassen und drohen mit Aufsichtsbekundungen. Eine Allianz von unzufriedenen Dozenten, Assistenten und Studenten zeichnet sich am Hochschulhorizont ab. Selbst seinen Parteigenossen in der FDP sind die Machenschaften des ETH-Präsidenten nicht mehr so geheuer. Dass sich Ursprung ausgerechnet als Wahlaugauer mit dem Zürcher Rechtsfreunde zusammen und den Titel des Schulpräsidenten für Konrad Giesler zu Marke trag, ist schon ein starkes Stück. Selbst Nationalratspräsident Eter musste sich, als er seinen Titel für das «Redressement National» hergab, eine Rüge seiner Ratskollegen erteilen lassen.

Georg Hodel

Advertisement for 'Dissertation' by aku Agentur ZÜRICH. Text includes: 'Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen Dissertation nur ca. Fr. 820.-- kostet?' and contact information for Edith Florin at Binderweg 26, 8046 Zürich.



Politik und Studentenschaft

In der Fortsetzung des Artikels «Geplagte Studentenschaften» wird die Diskussion um die verfasste Studentenschaft abgebrochen. - Allerdings ohne nennenswerte neue Ideen. Interessant mag die Tatsache sein, dass die Politiker im rechten Bürgerblock zu einer politischen Kehrtwendung angetrieben sind.

R. Henauer (FDP) eröffnete den Diskussionsabend mit altbekannten Ausführungen. Die Studentenschaft dürfe sich nicht politisch engagieren. Und wenn schon Politik, dann muss der Pluralismus (FDP: keine einseitige Politik) gewahrt bleiben.

Damit kam die Frage von M. Ruggli (PdA) ob es nach Meinung der FDP etwas



Verband der Studierenden an der ETH Zürich VSETH

pluralistischeres als den Nationalratsproorz gebe, dem z. B. der Grosse Studentenrat der Uni Zürich (GSR) ähnlich sei?

Als Aufgabenbereich einer Studentenschaft nannte Henauer die Dienstleistungen, die Delegation studentischer Vertreter in die Gremien, Vertretung der Studenten vor der Öffentlichkeit. Seiner Meinung nach genügt für diese Aufgaben aber eine Struktur, die zwischen dem FDP-Vorschlag für ein neues Zürcher Uni-Gesetz und dem von ihm als «eher sehr extrem» bezeichneten SOS-Modell liegt. Eine Zwangskörperschaft sei nur dann zu wählen, wenn sie zum Zusammenleben unbedingt notwendig sei.

NA und FDP einmütig

J. Hegg (NA) war sich in den Gründen der Ablehnung einer verfassten Studentenschaft mit Henauer einig. Die Studenten sollen in der Gemeinde, im Staat, Politik machen und nicht an der Hochschule. ... Hegg glaubte, dass durch das politische Engagement der Studentenschaften zudem die politischen Meinungen der Studenten manipuliert würden. Schliesslich könne man nicht voraussetzen, dass sich alle Studenten politisch betätigen. ... Im Gegenteil: «studieren, nicht politisieren!» Denn an der Uni werde entschieden, was wahr und was falsch sei.

Diese beiden Ansichten riefen entschiedenen Protest von T. Geiges (CVP) hervor, der erklärte, dass Bildung zur bewussten Gestaltung der Umwelt dient, dass damit nicht der Stoff (und damit auch nicht der Dozent) absolut, sondern auch der soziale und affektive Bereich wichtig sind. Schliesslich bedeutet eine Zwangskörperschaft nach Ansicht der NA und der FDP eine Beschränkung verfassungsmässig garantierter Grundrechte. M. Ruggli fand, dass die FDP und die NA ein ziemlich kurzes Gedächtnis hätten. Denn, so zeigte er am Beispiel der Uni Zürich, gerade

Wohngemeinschaften Kauf/Verkauf

Wohngemeinschaft (24, 34, 38 und 5 Jahre) sucht vorzugsweise männliches Mitglied. Tel. 32 92 87 und 52 23 26 tagsüber.

die bürgerlichen Parteien haben ja die Zwangskörperschaft erfunden. Heute sind sie Gegner, obwohl an der Verfassung nichts geändert hat. Sein Vorschlag für eine organisierte Studentenschaft war das Modell der Uni Zürich. Ein Vergleich zwischen dem DC und dem GSR zeige, dass an der Uni eine lebendigere Politik betrieben werde.

Prinzip der Betroffenheit

Neben der PdA sprachen sich auch die SP und die CVP für eine verfasste Studentenschaft aus. H. v. Rechenberg (SP) begründete dies damit, dass man sich dort politisch betätigen soll, wo man betroffen sei. Dazu sind aber Artikulationsmöglichkeiten nötig, welche nur in einer verfassten Studentenschaft garantiert sind (Vergleich mit den Gewerkschaften).

Ihrer Meinung nach soll eine solche Studentenschaft nicht «politisch» sein. Andererseits sei eine Trennung in «studentenpolitisch» und «allgemeinpolitisch» sehr schwierig, weshalb sie mehr Grosszügigkeit fordert. Auch T. Geiges (CVP) betonte, dass zur Durchsetzung studentischer Interessen eine Struktur vorhanden sein muss, schränkte allerdings ein, dass die studentischen Interessen nicht einheitlich seien. Auch die finanzielle Autonomie sei nicht vollständig realisierbar.

Frage falsch gestellt

Für D. Vischer (POCH) war die Frage falsch gestellt. Es geht nicht um die Alternative «Zwangskörperschaft ja oder nein», es geht um «Selbstorganisation ja oder nein». Diese Frage betrifft übrigens nicht nur die Studenten, sondern alle Hochschulangehörigen. Wie er erklärte, wurde bis 1968, d. h. bis die bürgerliche Ideologie in Frage gestellt wurde, diese Frage mit ja beantwortet, auch dann, als sich die Studentenschaft politisch stark betätigte (z. B. 1956).

Warum wird aber heute der demokratisch organisierten Studentenschaft das Recht auf Artikulation, auf Organisation ihrer Dienstleistungen abgesprochen? Grenzen der verfassten Studentenschaft können nur die staatlichen Gesetze sein, d. h., eine spezielle Bevormundung der Studenten ist nicht annehmbar.

Was ist an Schweizer Hochschulen Trumpf?

Mit Gott und Rechten durchs Leben

Wie einer vom Eidgenössischen Statistischen Amt kürzlich herausgegebenen Broschüre zu entnehmen ist, haben rund 11 500 Studenten im akademischen Jahr 1975/1976 ihr Studium an einer schweizerischen Hochschule aufgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine unbedeutende Zunahme um 30 Studienanfänger oder 0,3 Prozent.

Die Zahl der Ausländer unter den neuen Hochschülern betrug rund 3000 und hat damit weiter abgenommen; 1973/1974 etwa zählte man noch 3260 Studienanfänger ausländischer Nationalität. Unverändert blieb dagegen der Anteil der Frauen, die wie im Vorjahr ein Drittel der Neueingeschriebenen stellen. Ein entsprechender Vergleich zeigt, dass mit oder ohne Berücksichtigung der in der Westschweiz relativ

bar. Vischer möchte sich daher auch nicht auf die Zwangskörperschaft abbinden. In diesem Zusammenhang wies er auf ED Gilgen hin, dem eine Zwangskörperschaft ohne Rechte lieber ist als ein privatrechtlicher Verein mit politischem Mandat. ... M. Reichlin

Das eigentliche Dilemma des VSETH wurde in der ganzen Diskussion nur am Rande vermerkt. Man sprach gegen Ende des Abends von einem Modell der politischen Auseinandersetzung unter den Studenten: Verschiedene Gruppen, Parteien oder Vereine formulieren sich ausserhalb der Studentenschaft mit verschiedenen politischen oder religiösen Zielen. Innerhalb einer verfassten Studentenschaft findet dann die Auseinandersetzung dieser Gruppen statt. (Dies entspricht ziemlich genau dem Modell Uni Zürich.)

Das Dilemma des heutigen VSETH ist nun, dass er sich als eine demokratische Organisation einer Interessengruppe (SOS) künstlich gegenübergestellt sah. Dadurch erhielt er plötzlich die Stelle einer Partei, obwohl die Politik des VSETH das Resultat einer Auseinandersetzung im DC ist. Da die Delegierten in allgemeinen Wahlen bestimmt werden, repräsentiert der DC die Meinungen der Studenten.

Somit ist die Frage nach der Politik des VSETH nicht eine Frage «Politik ja oder nein», sondern eine Frage der Bevormundung der Studenten. Deswegen war auch die Frage aus dem Plenum, wo denn der VSETH in den letzten Jahren unerlaubte «Ausserpolitik» machte, falsch im Hinblick auf eine verfasste Studentenschaft. Wenn mündige Studenten mit ihren Geldern «Ausserpolitik» machen wollen, dann sollen sie sie haben, und die Meinung der Behörden kann ihnen waschen sein. Die Grenzen setzen sich die Studenten in einer demokratisch organisierten Körperschaft selbst.

Das beste Beispiel dazu lieferte an diesem Abend Henauer (FDP) selbst: Er sei selbst DC-Delegierter gewesen, damals, und habe sich gegen eine bestimmte politische Aktion mit Erfolg eingesetzt.

Ich traue ihm durchaus zu, dass er sich damals etwas überlegte. Er hingegen traut das uns nicht mehr zu und möchte uns bevormunden. Dass er das erst tut, sei er (und die Mächtigen) die Mehrheit in der Studentenschaft verloren haben, ist nur ein Beispiel der Arroganz der Macht. M. Gaegauf

zahlreichen Ausländer - die weiblichen Studierenden im französischen Landesteil besser vertreten sind (rund 40 Prozent der Studienanfänger gegenüber 31 Prozent in der Deutschschweiz).

Die Gliederung der Neuzugänge nach Fachgruppen weist auf eine starke Zunahme bei den Theologiestudenten hin; es wurden 24 Prozent mehr Studienanfänger als 1974/1975 registriert. Auch an den zahlenmässig weit bedeutendsten rechtswissenschaftlichen Fakultäten registrierte man mehr Studienanfänger als im Vorjahr, währenddem das Interesse an den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eher rückläufig zu sein scheint. Für die medizinischen Fächer schrieben sich rund 1600 neue Hochschüler ein; das sind 5 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Abgehört und aufgeschrieben

In der Schweiz sterben wegen Arbeitsunfällen im Jahr 2 von 10 000 Fabrikarbeitern, 7 von 10 000 Bauarbeitern und 4 von 10 000 Eisenbahnern. In Holland seien die entsprechenden Zahlen von tödlichen Arbeitsunfällen so aus: 0,4/10 000 Fabrikarbeiter und nur je ein tödlicher Unfall pro Jahr auf 10 000 Bauarbeiter bzw. Eisenbahner. Übrigens: Holland hat die 40-Stunden-Woche eingeführt.

«Wenn Sie schlecht schlafen, Ihre Nerven durch die Sorgen des Alltags belastet sind, Sie vom Stress des modernen Alltags belastet sind, dann nehmen Sie «Pflugsägen» und ein ruhiger Schlaf ist die Folge. Prompte Wirkung garantiert.» So sagen es die Schlaf- und Beruhigungsmittelindustrie. «Für Sie ist Ihr Apotheker stets zur Verfügung im Dienste Ihrer Gesundheit» - so steht es auf den Einkaufstaschen der Apotheken.

Unter dem Druck der alltäglichen Sorgen und dem Stress seiner Arbeit, anmietet von solcher Werbung, hat ein Bekannter an einem Sonntagmorgen be-



schlussen, er wolle sich dieser stressigen «modernen» Welt entziehen; er ging ins Telefon und bestellte sich zwei Packungen eines rezeptfreien Schlafmittels. Diese Monatsration ist prompt mit einem Taxi ins Haus geliefert worden. Der Lebensmüde hat die 20 Tabletten konsumiert und ist sanft eingeschlafen. Die Dosis hat dann nicht ganz gereicht, und er ist etwas später mit einem Kater im Spital erwacht.

Wieviel Selbstmorde braucht es wohl noch, bis auch bei uns in der Schweiz Werbung für solche Arzneimittel verboten ist und man sie nur noch gegen Rezept bekommt? Des Profits wegen geht unsere Gesellschaft bzw. die Pharmaindustrie wohl noch über manche Tablettenleiche. Darum, liebe Verkäuferinnen in den Apotheken, gebt doch wenigstens nur eine Packung ohne Rezept heraus, und zwar die kleinste!

An einer Ausrüstungsinspektion hat der Kreiskommandant von Zürich, Oberstleutnant Ursprung, beim Abtreten die Wehrpflichtigen darauf aufmerksam gemacht, dass sie auf ihre Ausrüstung und ihre persönlichen Waffen aufpassen sollen. Besonders da in letzter Zeit von sogenannten Friedensbewegungen systematisch Waffen eingesammelt würden.

Die «Telefonzweit» fragte nach, um welche Friedensbewegungen es sich da handeln könnte. Herr Ursprung war aber nicht bereit, weitere Erläuterungen abzugeben. Das wegen der Waffen sei auf Anweisung des EMD gesagt worden; die Friedensbewegung sei ein Zusatz von ihm.

Aus unserem Wirtschaftslexikon: Zerüttete intellektuelle Gegenwart ist laut

«NZZ», wenn man immer noch nicht begriffen hat, dass das Allende-Regime einen volkswirtschaftlichen Trümmerhaufen plus selbstverursachte alle allgemeine Verarmung verursacht hat. «Allendes Politik hinterliess somit eine Erbschaft, die Jahre auf dem chilenischen Volk lasten wird.» Anscheinend kann man sich auf der hinteren Wirtschaftsseite wieder braune Stiefel leisten.

17 000 Arbeitslose, Kurzarbeit - tragi-sche Folge der Wirtschaftskrise. Die «schweizerische Arbeitgeberzeitung» meint hier, die Arbeitssziplin sei am Schwinden, deshalb habe sich die Personalchefkonferenz darum bemüht, dass die Vorgesetzten vermehrt mit den Arbeitern in Kontakt treten, um über fehlende Arbeiter Auskünfte einzuholen. Man müsse die Jahressgratifikation jener kürzen, die meinen, sie müssen krank sein, und für die Ausfalltage weniger Lohn zahlen.

Nach dem Nestlé-Prozess werden sich die Gerichte schon wieder mit den Verkaufspraktiken eines Babymilchproduzenten in der dritten Welt befassen müssen. Die Anklageschrift richtet sich diesmal gegen den amerikanischen Multi Bristol Myers. Dieser Konzern soll angeblich unter anderem Pulvermilch an Orte verkauft haben, wo es nachweislich kein Trinkwasser gibt.

Bei der Migros werden die interne Lautsprecheranlage (ja, die, welche Sie beim Einkaufen ungefragt und auf penetrante Art mit Superaktionen besielet) und die elektronische Diebstahlüberwachung neuestens auch für die Personalführung eingesetzt. Tönte es vor einiger Zeit doch etwa so von oben, wo die Lautsprecher hängen, herab: «So, so Frau Müller und Frau Nagel, hämers Kraichränzli bald dore?» Woraus sich die beiden angesprochenen Verkäuferinnen blitzartig wieder ans Gestell einfüllen machten. Das ist Migros-Partizipation in der Praxis ...



1974 starben in der Schweiz 396 Fussgänger, 5254 wurden verletzt; 35 wurden allein in der Stadt Zürich getötet. 1976 waren es (bis November) über 40 Fussgänger, welche in der grössten Schweizer Stadt ihr Leben verloren.

Im neuen Jahr der alte Salat

Geschichten aus dem Hönningerberg - zürcher student Nr. 7/1976

Seit Sonntag, den 24. Oktober, bin ich nun in Zürich seit Dienstag, den 26. Oktober, speise ich häufig in der neuen Mensa in der Polytarasse. Woran ich mich nicht gewöhnen kann, das ist die Tatsache, dass es Tag für Tag den gleichen Salat gibt. Besitzt die Mensaleitung eine Endivien-Monokultur, oder hat sie mit einer derartigen Gesellschaft Verträge abgeschlossen? Oder handelt es sich gar um einen Test, wie lange man den Magen eines Studen-



ten mit einförmigen Beilagen belasten darf? Menü 2 besteht ohnehin vorwiegend aus Ballaststoffen: Reis, Nudeln, Kartoffeln, Reis, Nudeln, Kartoffeln, Fisch, Reis, es trägt m. E. keineswegs den Anforderungen moderner Ernährung Rechnung.

Vorschlag: Die Mensaleitung installiert Beschwerdebüchlein (gross genug, um die zu erwartende Vielzahl an Beschwerden zu fassen). Mir jedenfalls reicht nach 80 Tagen das rot-grüne Salatgemisch völlig, und ich harre sehnsüchtig der Tage, an denen dieser Salat ausbleibt. Von Gurken, gelben Rüben, Sellerie und anderen Salaten träumend Ihr R. Brunner, Zürich

Wer gibt Ihnen kostenlos bibliographische Auskünfte und sucht Ihnen Titel heraus?

Natürlich Ihr Buchhändler

Bücher-Bazar, Mühlegasse 13 (Nähe Zentralbibliothek) 8025 Zürich, Tel. 34 08 84

MAGI'S JEANS SHOP



Jeans à gogo ...

aus Eigenfabrikation und diverse bekannte Marken

Auswahl an Rund- und Tweedhosen in vielen modischen Farben. Unisex. Pullis, Jacken, Hemden und Accessoires.

10% Rabatt für Studenten

Weinbergstrasse 15 8001 Zürich, Telefon 01 34 94 43

Studentenpreise! Wissen Sie, dass wir Spezialisten sind für

DISSERTATIONS-DRUCK

(auch SEMESTERARBEITEN, SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)

und deshalb besonders vorteilhaft, qualitativ hochstehend und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Umtriebe gratis für Sie. Für Schreibarbeiten haben wir gute Empfehlungen. Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Ihnen für alle Auskünfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.

DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstrasse 144, 8032 Zürich, Tel. (01) 53 69 33



Vergessen Sie nicht ...

immer wieder einen Blick in den Bücher-Bazar zu werfen. Sie finden Bücher aus Restauflagen und Sonderdrucke zu enorm günstigen Preisen. So zum Beispiel:

- Lipperheide, Spruchwörterbuch. Sonderausgabe des achten, unveränderten Nachdrucks der 1907 ersch. Originalausgabe. Statt Fr. 66.—/Fr. 33.60
- Rostovtzeff, Geschichte der Alten Welt. Der Orient und Griechenland. Geb. Nur noch Fr. 14.80
- Kranz, Die griechische Philosophie. Zugleich eine Einf. i. d. Philosophie. Nur noch Fr. 9.80.
- Scheidt, Der unbekannte Freud. Neue Interpretationen seiner Träume. Statt Fr. 33.60/Fr. 14.70
- Aranson, Geschichte der Modernen Kunst. Malerei - Skulptur - Architektur. Grossformat mit zahlreichen, z. gr. T. farbigen Abb. Statt Fr. 165.—/Fr. 95.—
- Roiter, Algarve. Bildband mit wunderschönen, eigenwilligen Photos. Statt Fr. 36.—/Fr. 17.80
- Grosse Auswahl an günstigen Klassiker-Ausgaben.

Verlangen Sie unsere Kataloge. Im Laden, am Telefon, oder schriftlich.

Bücher-Bazar, Mühlegasse 13 (Nähe Zentralbibliothek) 8025 Zürich, Tel. 34 08 84

Volksinitiative der AGU: Schritt von der Erkenntnis zur Tat

«Demokratie im Strassenbau»

Die «Arbeitsgemeinschaft Umwelt» beider Hochschulen (AGU) hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1970 ganz konkrete Ziele gesteckt. Eines davon ist: die an den Hochschulen gewonnenen ökologischen Erkenntnisse in die breitere Öffentlichkeit zu tragen. Das heisst, aufklärend und emanzipatorisch zu wirken. Die Mittel dazu sind verschiedene: Veröffentlichungen, Seminare, Ausstellungen und «das Ergreifen der politischen Rechte», wie Petition und Initiative. Hier handelt es sich um das Problem Strassenbau.

Man erinnert sich an die stark wachstumsorientierte Planungsphase Ende der sechziger Jahre. Das ORL-Institut an der ETH publizierte gigantische Verkehrsprognosen für den privaten Autoverkehr, ohne ökologischen und städtebaulichen Konsequenzen aufzuzeigen. Die Folgen waren politischer Natur: Die grosse Zeit der amtlichen Strassenplaner war angebrochen. Im

AGU mit der machtlosen Opposition aus der betroffenen Bevölkerung und nach seriösen juristischen und staatsrechtlichen Abklärungen im Winter 1973 die Initiative «Demokratie im Strassenbau» lanciert. Damit sollte erreicht werden, dass die gewählten Ausgaben für den Strassenbau wieder durch das Finanzreferendum vom Stimmbürger kontrolliert werden können. Nur so kann die Regierung zu einem massvollen Strassenbau gezwungen werden.

Die Übersicht zeigt den heutigen Zustand im Vergleich mit der angestrebten Lösung:

Heutiger Zustand: Nach Initiative:

Regierungsrat beschliesst allein über Bau von Staatsstrassen 1. Klasse

Kantonsrat nimmt jährlich Kenntnis vom Strassenbauprogramm des Regierungsrats; genehmigt jährlich das Bauprogramm der Hochleistungsstrassen (HLS), kann aber keine Änderungen des Programms oder der Strassenprojekte vornehmen, ausser er verweigert die Genehmigung.

Stimmbürger hat keine rechtlichen oder gesetzlichen Möglichkeiten, auf den Staatsstrassenbau Einfluss zu nehmen, ausser mit Protesten, Resolutionen oder Petitionen.

Dörfern (die oft schon vierspurig durchgeführt werden). Als Beispiele allein in der Region Glattal:

- Ringstrasse um Dübendorf
• Ringstrasse um Hegnau
• Westtangente in Uster
• Osttangente in Uster
• Westtangente in Wetzikon
• Osttangente in Wetzikon

(alle nebst der Oberlandautobahn und den schon massiv verbreiteten Ortsdurchfahrungen).

Diese Bauten ziehen ihrerseits wieder Anpassungen des übrigen Strassennetzes nach sich usw. usf. NB, Das Leben spielt sich dazwischen ab!

Befiehlt, wer zahlt?

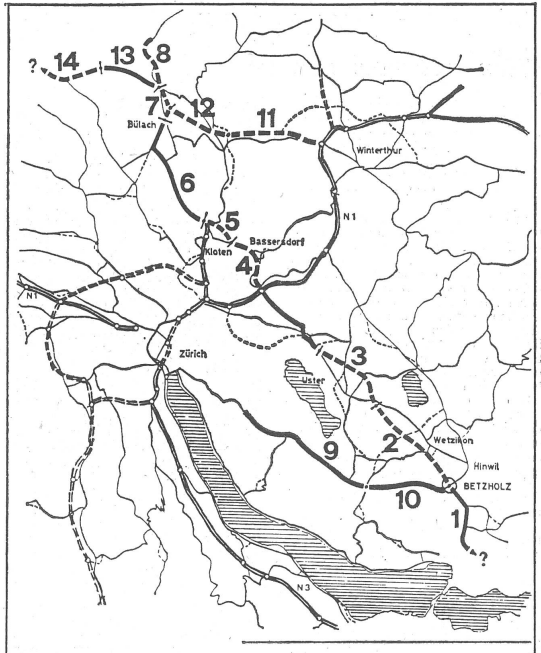
Dass wir auch die Strassen, die wir nicht (auch nicht geschenkt) haben wollen, aus allgemeinen Steuergeldern noch mitfinanzieren müssen, ohne dazu gefragt zu werden, widerspricht dem, was der Schweizer unter Demokratie versteht.

Im Jahr 1975 hat der Kanton 387,4 Mio. Fr. für Strassen ausgegeben. Davon waren 104 Mio. Fr. aus allgemeinen Steuergeldern. Dem öffentlichen Verkehr sind dafür in derselben Zeit ganze 10,9 Mio. Fr. zugeflossen. Dieses Missverhältnis lässt sich jedenfalls mit dem Stimmetzel konkreter korrigieren als mit Grundsatzklärungen.

Noch sind 700 Mio. Fr. allein für die Hochleistungsstrassen nicht verbaut. 1,1 Mrd. Fr. sollte das Gesamtwerk kosten. Wollen wir das wirklich?

Die Initiative hat - wie man sieht - auch heute noch, nach vierjährigem Instanzverzug, ihre Wichtigkeit. Die AGU bereitet nun mit einem erweiterten Aktionskomitee die Abstimmung vom 13. März vor.

Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Hochschulen



Die Autobahnen im Kanton Zürich (Die Zahlen beziehen sich auf die Tabelle in der 2. Spalte)



Nationalstrassenbau war vorgesehrt, denn schon 1960 wurde mit dem Nationalstrassengesetz das Volk als eventuel- ler Stiefknecht beim Autobahnbau ausgeschaltet, das heisst, sämtliche Mitspracherechte hat es selbst an Bundesversammlung und Bundesrat delegiert.

Ironie des Schicksals

In der AGU erkannte man früh die Konsequenzen des geplanten Strassenbaus: eine zersiedelte Landschaft, dem Privatverkehr erschlossene, zerstörte, lärmige und stinkende Städte und Dörfer, Bankrott des öffentlichen Verkehrs und ein vernachlässigter Natur- und Landschaftsschutz.

Der erste Anstoss zur Besinnung, den die AGU gab, galt dem Expressstrassen-Ypsilon in Zürich. Im Juni 1971 wurden über 45 000 Unterschriften für eine Petition gegen das Y gesammelt. Mitten in dieser Aktion «überumpelte» die Zürcher Regierung die Stimmbürger mit jener Gesetzrevision, in der sich der Regierungsrat das alleinige Entscheidungsrecht über den kantonalen Strassenbau erteilen liess. Über die Bedeutung dieser Vorlage waren sich nur wenige klar (mit Ausnahme der direkt daran Interessierten natürlich), oder es fehlte die Kraft zum Widerspruch. Nur die CVP und der Landessing hatten sich dagegen ausgesprochen.

Aus heutiger Sicht war die Petition gegen das Y ein Schlag ins Wasser, dazu gesellte sich gleichzeitig der Rückschritt auf kantonalen Ebene.

Etwas daraus gelernt

Die Arbeitsgruppe Raumplanung der AGU hat sich in der Folge intensiv mit der kantonalen Strassenplanung auseinandergesetzt. Obwohl die Zweifel an der totalen Autogesellschaft immer breiter und unüberhörbarer wurden, hatte das kantonale Tiefbaunot noch Gewaltiges vor. Es sei an die linke Zürichseeuferstrasse, an die rechtsufrige Höhenstrasse, die Töstalstrasse und im Glattal an die Oberland- und Unterlandautobahn erinnert.

Aus den obigen Erfahrungen war es klar geworden, dass dem Gigantismus nur mit Hilfe der direkten Volksworte, hier dem Referendum, wirksam begegnet werden konnte. Deshalb hat die

Was mitbestimmen?

Erstens: bei den sogenannten Hochleistungsstrassen (kantonale Autobahnen). Für die Jahre 1977-79 stehen die folgenden Abschnitte auf dem Programm der Regierung:

Table with 3 columns: Strasse, Länge in km, Kosten. Lists projects like 2 Betzholz-Oberuster, 3 Oberuster-Hegnau, etc.

Nach einer Annahme der Initiative ist es der Zürcher Regierung freigestellt, ob sie die vorerwähnten Teilstücke einzeln dem Volk vorlegen will oder ob sie - wie es sinnvoll wäre - zusammenhängende Abschnitte gleichzeitig bewilligen lassen will, beispielsweise Betzholz-Hegnau: 2,3 Millionen Franken für 14 Kilometer vierspurige, richtungsgrenzte Autobahn und sechs Vollan-schlüsse.

Zweitens: bei den Staatsstrassen 1. Klasse. Auch hier sind massive, meist vierspurige Ausbaupläne vorhanden: Zubringer zu National- und Hochleistungsstrassen, Umfahrungsstrassen von

Die Entlassung von D. G. als Lehrer

Zeit zum Handeln ...

Nun ist es also soweit! Der im Zusammenhang mit der Entsendung der Cincera-Dossiers verhaftete Sekundarlehrer und Präsident des Demokratischen Manifests, Diether Grünfelder, wurde von der Embracher Schulbehörde per Ende Schuljahr entlassen. Eine Begründung für die Entlassung fehlt, das ist auch weiter nicht ersatztbar, denn auf fachlicher Seite gilt D. G. als untadeliger Erzieher mit ausgezeichneten Zeugnissen. Es ist damit völlig klar, dass der Entscheid der Embracher Behörde politisch motiviert ist.

Die Eltern seiner Schüler haben sich spontan hinter Grünfelder gestellt, und die Lehrkollegen haben sich mit grosser Mehrheit solidarisiert. Trotzdem blieb die Oberstufenpflege bei ihrem Entscheid. Dies wiegt um so schwerer, als dieser Entscheid entgegen den elementarsten Grundsätzen des Rechtsstaats getroffen wurde, auf welchen sich alle unsere Behörden bei jeder Gelegenheit berufen. Grünfelder wurde von den Schulbehörden entlassen, noch bevor die Zuständigen ihn angeklagt, geschweige denn gerichtlich verurteilt haben.

Hier soll also offensichtlich die «andere» politische Gesinnung bestraft werden. Die Frage steht einmal mehr im Raum, wie es um das vielzitierte Schweizer Demokratieverständnis bestellt ist, wenn sich die öffentliche Meinung die Nase an den geschlossenen Türen der Behörden wund schneuert. Politik wird hier zum administrativen Willkürakt und eine Amtshandlung zum politischen Selbstzweck «interessierter Kreise».

In einem schiefen Licht steht einmal mehr die Schulpolitik, in der die berufliche Qualifikation wenig, eine abweichende politische Gesinnung jedoch alles zu zählen scheint. Wer sich nicht an die heute herrschende Meinung anpasst, gilt als subversiv und demokratiefeindlich und kann deshalb nicht im

öffentlichen Dienst angestellt werden. Das Beispiel Embrach steht in der Schweiz Landschaft keineswegs einsam da, es könnten auch andere, analoge Fälle aufgezeigt werden. Trotzdem hat der Fall Grünfelder Präzedenzcharakter, denn hier muss es dem allerletzten Schweizer klarwerden, dass Andersdenken sanktioniert wird. Die Herrschenden werden es in der Schweiz nicht einmal nötig haben, einen Radikalenerlass gesetzlich in unser System einzubauen. Mit Behörden wie jener in Embrach wird das System von innen her gesäubert. Auch offizielle Richtlinien für das Berufsverbot werden jedenfalls durch solche Verfahren überflüssig. Das Demokratische Manifest und auch Grünfelder als deren Präsident haben sich nicht für sich gewehrt, sondern für andere, die auch schon für ihre Gesinnung bestraft wurden, wie z. B. Jürg Jost und Erwin Steiner.

Für die Nächsten, die sich für D.G. wehren wollen, bleibt also nur noch die innere Emigration offen, um einer Bestrafung zu entgehen. Die Konsequenz davon ist die Selbstzensurierung der eigenen Gesinnung, die totale Anpassung. Diese Entwicklung darf niemandem kalt lassen, es gilt jetzt endlich eine klare Antwort zu geben. Von den politischen Parteien darf man kaum etwas erwarten, ihre Programme strotzen zwar vor staatsbürgerlicher Zivilcourage, in der Tat aber haben sie die Anpassung schon vollzogen. Wer steht es denn mit den Schulen, insbesondere mit den Hochschulen, welche die Ausbildung der Lehrer garantieren? An der Uni und an der ETH Zürich wird zur Zeit von der Arbeitsgruppe Politische Anstellungsverweigerung eine Unterschriftensammlung bei Dozenten für eine Wiedereinstellung Grünfelders durchgeführt. Wir werden sehen, wie weit die Selbstzensur und die Anpassung im Glashaus Schule schon fortgeschritten sind!

Philipp Leutenegger Lydia Früh

Resolution zur Ablehnung des Sekundarlehrers Diether Grünfelder

Die Evangelische Hochschulgemeinde hat im Frühjahr 1976 die Arbeitsgruppe Politische Anstellungsverweigerung in ihr Programm aufgenommen. Die AGPA befasst sich mit Fällen von Anstellungsverweigerungen im Hochschulbereich. Sie ist betroffen, dass der Sekundarlehrer Diether Grünfelder von der Oberstufenpflanzstelle Embrach nicht mehr für ein weiteres Jahr bei der Erziehungsdirektion als Verweser angefordert wurde.

Diether Grünfelder als Präsident des Demokratischen Manifests soll offenbar dafür bestraft werden, dass er sich für Lehrer wie Jost und Steiner engagiert hat und damit für die Aufrechterhaltung der Lehrfreiheit auch für politisch Andersdenkende einsetzt.

Die Unterzeichneten sind der Auffassung, dass dieser Entscheid eine politische Strafkantone darstellt, die dem Grundsatz des Rechtsstaats ins Gesicht schlägt: Diether Grünfelder steht im Zusammenhang mit der Affäre Cincera noch nicht einmal unter Anklage, und niemand soll vor seiner Verurteilung als schuldig betrachtet werden.

Die Unterzeichneten fordern, dass Diether Grünfelder in Embrach weiterhin als Erzieher arbeiten kann.

Arbeitsgruppe Politische Anstellungsverweigerung

«Gegen die Atomkraftwerke - wie weiter?»

Auch die Befürworter der Kernenergie müssen zugeben, dass die zentralen Probleme der Kernenergie, die Wiederaufbereitung und die Abfallagerung, bis heute völlig ungelöst sind. Dass es sich dabei um einen ungedeckten Scheck handelt, der mit enormen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zerstörungen und Kosten eingelöst werden müsste, wurde bis vor wenigen Monaten dadurch bagatellisiert, dass wir Schweizer unsern Atom-müll nach England, dem europäischen Atom-müllhaufen, abschicken können. Diese Abnahmeverträge mit England sind aber zeitlich begrenzt und scheinen nicht erneuerbar. Die Sondierbohrungen der NAGRA in Airolo und im Wabriggebiet unterstreichen die Tatsache, dass die Schweiz mittelfristig auf ihrem Atom-müll selber sitzenbleiben

wird. Allen Beschwichtigungsversuchen zum Trotz, man suche nur Lagerstätten für leichtradioaktives Material, ist die Bevölkerung der betroffenen Gebiete alarmiert.

Die Verhandlungen der GAK-Delegation mit Ritschard scheinen im Sand zu verlaufen, mit welchem Ergebnis? Mit welchen Konsequenzen? Aus dem Bundeshaus verlautet, dass in Kaiseraugst vor der Behandlung der Atom-gesetzrevision nicht gebaut werden dürfe - die Motor-Columbus will nichts von solch einem Baustopp wissen. Wie geht es weiter in Kaiseraugst?

In Brokdorf hat eine Schlacht von bisher nicht bekanntem Ausmass stattgefunden. Was war wirklich los? Was sind die wichtigsten Lehren aus diesem Ereignis?

Probleme der Abfallagerung in der Schweiz - Was geschah in Brokdorf? - Wie geht es weiter in Kaiseraugst?

Informationsveranstaltung mit Film/Diashow/Kurzreferaten/Happenings/Gruppendiskussionen Samstag, 12. Februar, 17 bis 22 Uhr, Volkshaus, Weisser Saal

Abonniere den

zürcher student

Studium beendet? Längeres Praktikum? Nicht regelmä-sig an der Hochschule? Oder sonstwie interessiert?

das konzept die kritische Alternativzeitung

Für 22 Franken im Jahr kann man den «zs» samt «das konzept» abonnieren. («das konzept» allein siehe Talon dort.)

Form with fields: Name, Adresse, PLZ, Ort, Beruf, Datum

Nebst dem Geschehen an den beiden Zürcher Hochschulen befasst sich der «zürcher student» auch mit aktuellen lokalpolitischen Themen (da ja auch Studenten nicht losgerissen vom städtischen Kontext leben) - alternative Informationen, die in den Tageszeitungen vielleicht zu kurz kommen.

Einsenden an «zürcher student», Rämistr. 66, 8001 Zürich 54/9 Schicken Sie bitte Gratis-Probennummern an folgende(n) Bekannte(n):

Abonnemente laufen jeweils bis Februar. Die nächsten 9 Nummern bis Februar 78 (12x «das konzept») kosten Fr. 22.- (Ausland Fr. 28.-).

